Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mk. 2.50, frei ins Haus Mk. 2.92, wo keine Post am Orte, Mk. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

[illegible] 15 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag [illegible] Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 1206.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Nr. 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 249. Mittwoch, den 25. Oktober 1905. 16. Jahrgang.

Von Preußen gefangen!

Die „Schwäb. Tagwacht“ schreibt: Als in der Reichstagssitzung vom 18. Januar 1905 der Etat des Reichseisenbahnamtes zur Verhandlung stand, wurde von den Abgg. Erzberger, Hieber, Wolff und Storz die Aktion der Regierungen für eine Betriebsmittelgemeinschaft mit sehr pompösen Worten gefeiert. Alle gaben der Befriedigung darüber Ausdruck, daß nun mit dem schrecklichen Konkurrenzkampf zwischen den Eisenbahnverwaltungen ein Ende gemacht werde. Der sozialdemokratische Redner konnte in diese Vertrauenssymphonie für unsere Regierungen und Eisenbahnverwaltungen nicht einstimmen. Mit vollstem Recht, wie die jetzige Entwickelung der Angelegenheit zeigt.

Man erinnert sich, daß es auf direkten Antrag des Königs von Württemberg an den König von Preußen hin zu Verhandlungen zwischen Preußen, Baden, Württemberg, Bayern und Sachsen über die Einrichtung einer Betriebsmittelgemeinschaft kam. Württemberg als Antragstellerin wurde es überlassen, die Grundlagen für dieselbe auszuarbeiten. Es kam diesem Auftrag nach und legte der Heidelberger Ministerkonferenz am 29. September 1904 seine Vorschläge vor. Dieselben waren sehr weitgehender Natur: sie erstreckten die Gemeinschaft auf Güterwagen, Lokomotiven, Personen- und Gepäckwagen, auf die Wagenwerkstätten, die Materialbeschaffung usw. Dieser umfangreiche Plan schien anfänglich auch bei den entscheidenden Bundesstaaten Preußen und Bayern Anklang zu finden. Es wurden Unterausschüsse zum Studium der einzelnen Fragen eingesetzt, und die ganze Reform schien auf dem besten Wege zu sein. Plötzlich ist nun Bayern mit neuen Vorschlägen hervorgetreten. Dieselben laufen im Wesentlichen darauf hinaus, die allgemeine Betriebsmittelgemeinschaft durch eine Güterwagengemeinschaft zu ersetzen. Die Lokomotiven, Personen- und Gepäckwagen würden zunächst ausgeschlossen bleiben. Ebenso würde das ursprünglich von Preußen vorgeschlagene gemeinschaftliche Amt, dem auch die Beschaffung der Betriebsmittel zugestanden hätte, in Fortfall kommen. Jede Verwaltung soll ihre Betriebsmittel selbst beschaffen; die zu schaffende Zentralstelle hat nur die Aufgabe, über den Wagenpark zu disponieren. Diese bayerischen Vorschläge, die die Unterlage für die kürzlich in Berlin geführten Verhandlungen bildeten, haben nun, wie aus Berlin und München übereinstimmend gemeldet wird, beim preußischen Eisenbahnminister eine sehr sympathische Aufnahme gefunden. Gleicher Weise wird aus beiden Orten gemeldet, die Betriebsmittelkonferenz habe nunmehr zu dem erfreulichen Ergebnis geführt, daß man über den einzuschlagenden Weg, insbesondere bezüglich der organisatorischen Einrichtungen, zu einer vollständigen Einigung gelangt sei, und man halte das Zustandekommen der Betriebsmittelgemeinschaft aufgrund der bayerischen Vorschläge für unzweifelhaft.

Ohne Zweifel soll damit für das neue beschränkte Projekt Stimmung gemacht werden. Denn in der Tat bedeuten die Vorschläge Bayerns und ihre Akzeptierung durch Preußen eine vollständige Schwenkung in der Frage der Betriebsmittelgemeinschaft. Wird die Betriebsmittelgemeinschaft bei der überwältigenden Macht der beiden koalierten Staaten in der von ihnen gewünschten Form Annahme finden, so befinden sich die beiden süddeutschen Staaten Württemberg und Baden, in erster Linie natürlich Württemberg, in der wenig beneidenswerten Lage des Lohgerbers, dem die Felle davongeschwommen sind. Zugleich wird ihnen in recht deutlicher Weise zu Gemüte geführt, daß Preußen preußische Eisenbahnpolitik treibt, und nicht das geringste Interesse daran hat, die Eisenbahnrente Württembergs und Badens aufzubessern. Es ist begreiflich, daß Württemberg allerdings sehr zurückhaltend, Baden etwas entschiedener gegen die vollständige Schwenkung der beiden größeren Bundesstaaten Protest erheben und insbesondere auch das Zustandekommen der Eisenbahnbetriebsmittelgemeinschaft nicht mit der gleichen optimistischen Sicherheit begrüßen, wie die nur offiziös informierte bayerische und preußische Presse.

Von Preußen war die Einführung der Betriebsmittelgemeinschaft von der Personentarifreform nach preußischem Muster, also der Aufhebung der süddeutschen Tariffortschritte (wie Kilometerheft, Landeskarte usw.) und der Einführung der vierten Klasse abhängig gemacht worden. Widerstand gegen diese preußische Forderung hatte nur die bayerische Regierung geleistet, teils aus eisenbahntechnischen und wirtschaftlichen Gründen, teils aus politischen. Dagegen hatten sich die badischen und württembergischen Regierungen recht leichten Herzens dazu entschlossen, die preußischen Tarifvorschläge und die vierte Klasse anzunehmen — gegen den entschieden ausgesprochenen Willen der großen Massen der badischen und württembergischen Bevölkerung. Preußen hatte also den ungeheuren Erfolg errungen, die bisher in ganz Süddeutschland mit zäher Hartnäckigkeit festgehaltene Ablehnung der vierten Klasse wenigstens bei den Regierungen überwunden und diese in einen Gegensatz zu ihrer Bevölkerung gebracht zu haben. Allein die Hoffnung auf eine mögliche Betriebsmittelgemeinschaft hatte die badischen und württembergischen Regierungen zu diesem kläglichen Verzichte gebracht. Man kann sich über ihre Leichtfertigkeit und Leichtgläubigkeit gegenüber Preußen nicht genügend wundern. Diese Regierungen haben früher des Oefteren erklärt, daß ohne Betriebsmittelgemeinschaft eine Tarifreform für sie ausgeschlossen sei. Es fragt sich nur, ob sie nunmehr überhaupt noch im stande sein werden, die verstümmelte Betriebsgemeinschaft abzulehnen, nachdem sie sich einmal auf die Verkoppelung der Betriebsmittelgemeinschaft mit der Tarifreform festgelegt hatten. Preußen hat kein besonderes Interesse an der Betriebsmittelgemeinschaft, ein um so größeres dagegen, durch die Ausdehnung seiner Tarifeinrichtungen, insbesondere der vierten Klasse auf Süddeutschland, sich den Weg zu einer Unterwerfung Badens und Württembergs zu bahnen. Es wird also sicher daran festhalten: keine Betriebsmittelgemeinschaft ohne Tarifreform und vierte Klasse! Aber auch nur eine beschränkte Betriebsmittelgemeinschaft! Denn in einer allgemeinen sieht die preußische Regierung nur den ersten, gefährlichen Schritt zu einer Reichseisenbahngemeinschaft, die sie in Uebereinstimmung mit den Mehrheitsparteien des preußischen Landtages entschieden ablehnt.

Auch die Haltung Bayerns, so überraschend sie scheinen mag, ist leicht zu erklären. Das bayerische Zentrum wird niemals einem Vertrag zustimmen, der die Eisenbahnhoheit Bayerns in irgendwelcher Richtung beschränken könnte. Das von der preußischen Regierung vorgeschlagene Gemeinschaftsamt hätte nicht seine Zustimmung gefunden. Nun haben aber die letzten Landtagswahlen die Stellung des bayerischen Zentrums ganz bedeutend verstärkt. Die Regierung mußte also mit ihm nach jeder Richtung hin rechnen. Dazu kommt ferner, daß zwischen den süddeutschen Eisenbahnverwaltungen alle anderen Gefühle, nur nicht die der Freundschaft und einer Gemeinschaft gegenüber Preußen bestehen. Nun sah sich Bayern in der Frage der vierten Klasse von der württembergischen und badischen Regierung in schmählicher Weise im Stich gelassen. Nichts begreiflicher, als daß es die Konsequenzen aus der innerpolitischen bayerischen Lage zog, und sich mit Preußen ohne Rücksicht auf Baden und Württemberg einigte.

So hat es die geniale Politik des württembergischen Verkehrsministeriums glücklich dahin gebracht, die Position Preußens in Süddeutschland mit Ausschluß Bayerns zu einer unwiderstehlichen zu machen. Mit größerem Erfolge hätten die Anhänger der preußischen Eisenbahngemeinschaft auch nicht arbeiten können. Die verstümmelte Betriebsmittelgemeinschaft wird sicher kommen, wenn sich Preußen und Bayern geeinigt haben. Und wenn mit ihr auch nicht sofort die preußische Tarifreform und die vierte Klasse kommt, auf die Dauer werden sie sich nicht fernhalten lassen. Es müßte denn sein, daß die württembergische Regierung endlich zu der Erkenntnis kommt, daß sie bei ihren Eisenbahntarifreformen in erster Linie auf die Wünsche des württembergischen Volkes, nicht aber auf die Bedürfnisse der preußischen Eisenbahnverwaltung Rücksicht zu nehmen hat.

Politische Uebersicht.

Wo das Zentrum herrscht. In den Städten Aachen und Köln hat das Zentrum im Rathause die Mehrheit. Trotzdem wurde vor zwei Jahren in Aachen der Antrag der christlichen Gewerkschaften, den zur Teilnahme an der Wahl berechtigenden Zensus von 6 auf 4 Mk. herabzusetzen, mit großer Mehrheit abgelehnt. Neben den „liberalen“ Arbeiterfeinden der ersten Klasse fanden sich mehr als genug Zentrumsstadtverordnete, um den Antrag der katholischen Proletarier niederzustimmen. Die „Kölnische Volkszeitung“ hat damals die

Stefan vom Grillenhof.

Roman von M. Kautsky.

22] (Nachdruck verboten.)

Jetzt ward die Tür des Bibliothekzimmers so rasch geöffnet, daß die beiden Frauen, im Bewußtsein ihrer Indiskretion, erschreckt zusammenfuhren. Der Professor, der mit den übrigen hereingetreten war, stand im nächsten Augenblick neben ihnen.

„Aha!“ rief er, auf die Gläser deutend, „das hat Ihre Neugierde erweckt, das hat Ihr Interesse wachgerufen, ich kann mir das denken, es ist auch sehr interessant —“

„Und da es doch eigentlich in unser Fach schlägt, als Hausfrauen —“ fiel Thekla, gleichsam entschuldigend, ein.

Der Professor lächelte. „Das schlägt schon mehr in Dein Fach als Mutter, dächte ich, aber das ist alles eins, es ist jedenfalls sehr lehrreich. Du siehst hier eine Tatsache vor Dir, deren allgemeine Bedeutung man nicht hoch genug anschlagen kann. Treten Sie nur näher, meine Damen, und Du auch, Valerie. Sie haben hier die Lösung eines der höchsten Probleme in der Natur.“

„Die Damen drängten sich mit erregter Neugier um den Professor. Dieser fuhr fort: „Betrachten Sie jetzt aufmerksam und vergleichend diese sechs Körperchen, die in diesen Gläsern sich befinden.“ Alle starrten hinein. „Sie werden hier die Entstehung und Entwickelung der höheren Wirbeltiere und damit diejenige Ihres eigenen Organismus kennen lernen.“

„Wieso?“ fragten alle erstaunt. Auch die Herren sahen mit einiger Spannung über die Köpfe der Damen nach den Gläsern.

„Finden Sie diese sechs geschwänzten Körperchen nicht ähnlich?“

„Ganz gleich finde ich sie,“ sagte die Gräfin.

„Es sind gerupfte Vögel,“ versicherte die Baronin abermals.

„Was fällt Dir ein, Johanna, sie sehen so abscheulich aus. Das sind molchartige Wassertiere.“

„Meine Damen, Sie sehen in diesen sich völlig gleichenden Keimen die Embryonen eines Huhns, einer Schildkröte, eines Hundes und eines Menschen.“

Ein Schrei des Entsetzens erfolgte. Dann ergriff die Frau Hauptmann die Hand ihrer Tochter und floh mit ihr der Türe zu. Die Baronin folgte ihr, auf's Höchste entrüstet. Der Hauptmann und Hans versuchten, sie zurückzuhalten und zu beruhigen, umsonst. Auch die Gräfin wußte nicht recht, solle sie gehen oder bleiben, lachen oder gleichfalls die Prüde spielen. Sie sah zwar noch aufmerksamer nach den Dingerchen im Spiritus, aber dabei schlug sie die Hände zusammen und schüttelte den Kopf.

„Nein, Professor, das ist doch gar zu arg gewesen,“ rief sie. Der kleine Mann sah ganz verblüfft aus. „Was habe ich denn getan?“

Seine unschuldsvolle Miene wirkte zu komisch, sie versöhnte die Gräfin. „Hätten Sie doch nur auf Valeriens Gegenwart einige Rücksicht genommen; aber Sie bringen alles so — so unverhüllt, Sie wären der rechte Vortragende für eine höhere Töchterschule.“

„Gibt es für höhere Töchter eine besondere Wahrheit, meine Gnädige?“

Der General trat zu ihnen. „Sagen Sie mir, was Sie eigentlich damit beweisen wollten?“

„Daß der Mensch sich noch jetzt ganz wie die anderen Wirbeltiere entwickelt,“ sagte Wüst; „wir haben in der Ontogenie diese Entwickelungsgeschichte vor Augen und sie kann nicht mehr hinweggeleugnet werden.“

„Herr, Sie meinen also, daß auch ich —“

„Ich meine, daß alle menschlichen Embryonen, adelige oder bürgerliche, während der ersten beiden Monate der Entwickelung von den geschwänzten Embryonen des Hundes und anderer Säugetiere kaum zu unterscheiden sind.“

„Herr, das ist eine Injurie.“

Die Gräfin ergriff rasch den Arm des Professors. „Sie sind unverbesserlich,“ sagte sie lächelnd, „aber kommen Sie, entschuldigen Sie sich wenigstens bei den Damen. Sie sehen ja, sie kommen nicht wieder zurück.“

Die Baronin und Thekla hatten wirklich die Absicht, sogleich nach Hause zu fahren. Sie befanden sich im Garten, wohin ihnen die andern gefolgt waren. In das Zimmer würden sie um keinen Preis wieder zurückkehren, hatten die Baronin und Thekla erklärt.

„Aber das ist auch gar nicht nötig, Mama,“ sagte Valerie. „Sieh nur, Kathrein hat bereits hier im Garten für uns gedeckt.“

Die Baronin sah sich um. „Das ist also der Garten?“ rief sie mit einem diesmal gerechtfertigten Erstaunen. Das, was der landläufige Begriff unter einem Garten versteht, war freilich hier nicht zu finden. Sie hatten ein sehr großes, ebenes, aber ganz ungepflegtes Terrain vor sich, auf dem hie und da ein junges, schüchternes Kastanienbäumchen stand, dessen Boden aber von üppig aufsprießendem Gras und wildwachsenden Pflanzen aller Art, die man gemeiniglich mit dem Namen Unkraut zu bezeichnen beliebt, dicht überwachsen war. Diese saftig grüne Fläche mit dem daranstoßenden Walde als Hintergrund, sah jedoch gar nicht unangenehm aus. Die weiterhin angebrachte große Unkengrube sah man glücklicherweise nicht, und die Damen ahnten nicht einmal ihre Nähe. Ueberdies erschien es hier verhältnismäßig kühl, das Häuschen warf bereits weithin seinen Schatten, und die Sonne selbst war zeitweise hinter aufsteigenden Wolken verborgen. Die Gräfin war mit der ihr eigenen Lebhaftigkeit sogleich zu dem Tisch getreten, der, wie Valerie schon bemerkt hatte, bereits gedeckt stand. Ein sehr weißes Tischtuch war über ihn gebreitet und neun Gläser, sehr verschieden in Größe und Aussehen, standen in zierlicher Reihenfolge neben einander; daneben ein Teller mit einer Anzahl Butterbrode von dem ganzen Umfange des Brotlaibes, so wie sie der Herr Professor liebte, und dahinter zwei elegante Körbe mit dem Obst und dem feinen Kuchen der Gräfin, welche der ankommende Kutscher sogleich in der Küche abgegeben hatte. Die Gräfin schlug vergnügt die Hände zusammen: „Ach, das ist ja herrlich!“ Und als jetzt die geschäftige Kathrein die Stühle, welche sie vorhin in das Zimmer geschafft, wieder herausbrachte und um den Tisch herum aufstellte, nahm sie sogleich auf einem derselben Platz.

„Das sieht alles höchst appetitlich aus,“ rief sie voll guter Laune, „und ich versichere Sie, meine Damen, daß ich nicht von hier weiche, ehe ich nicht meinen Hunger gestillt habe, denn Sie müssen wissen, daß ich einen ganz abnormen Hunger habe.“

„Ich gewiß keinen geringeren,“ meinte Valerie, indem sie sich lächelnd hinter den Stuhl der Gräfin stellte, gleichsam damit anzeigend, daß sie sich zu ihrer Partei schlage.

Die Gräfin übte einen dominierenden Einfluß auf ihre Verwandten aus, sie wußte dies wohl, sie galt als eine der liebenswürdigsten und feingebildetsten Damen der Residenz, und sobald sie etwas billigte, getraute sich nicht leicht jemand, anderer Meinung zu sein, übrigens hatten sie alle Hunger, und Thekla fand die Kuchen höchst verführerisch, und von diesen wenigstens könne man viele genießen. „O, wir werden auch dem Kaffee der guten Kathrein alle Ehre machen, versicherte die Gräfin, der es offenbar Spaß machte, hier die Resolute zu spielen. „Bringen Sie ihn nur gleich, Kathrein,“ wandte sie sich an diese.

Alle hatten inzwischen Platz genommen, die jungen Männer scherzten und lachten mit Valerie, die sich über den Sieg der Gräfin höchst vergnügt zeigte.

Auch der Professor war wieder ganz in seine gute Laune hineingekommen. „Geh Sie nur Kathrein,“ sagte er, „bringe Sie nur schnell den Kaffee; den Zucker habe ich aus der Küche im Vorbeigehen gleich mitgenommen. „Er zog eine große Düte aus seiner Rocktasche, öffnete sie und reichte sie mit der gutmütigen Einladung herum, jeder möge sich seinen Bedarf selbst herauslangen.

Die Gräfin griff mit ihren spitzen Fingerchen zuerst in die Düte; sie nahm zwei Stücke heraus und warf sie in ihr Glas. Die anderen folgten ihrem Beispiel, die Frau Baronin hielt jedoch die ihren noch zögernd in der Hand zurück. (Forts. folgt.)

Haltung des Aachener Rathauszentrums in Grund und Boden verdammt.

Am letzten Donnerstag hatte sich die Stadtverordneten-Versammlung in Köln mit dem nämlichen Antrage zu befassen, nur mit dem Unterschiede, daß er hier von dem Sozialdemokratischen Verein gestellt worden war. In unserer Zeit des immer mehr wachsenden Bedürfnisses und Verständnisses der Arbeiterbevölkerung gegenüber der Gemeindetätigkeit und angesichts der ständig sich mehrenden Aufgaben der Kommune auf dem Gebiet der Sozialpolitik war der Antrag mehr als zeitgemäß. Durch ihn erhielten 30,000 Einwohner Kölns und der eingemeindeten, zum Teil hochindustriellen Vororte das Wahlrecht bei den Stadtverordnetenwahlen, die heute davon ausgeschlossen sind. Ueberdies aber konnte man von einer Partei, die auf den Namen der Arbeiter- und Volksfreundlichkeit Anspruch erhebt, als selbstverständlich voraussetzen, daß sie diese Gelegenheit willkommen heißen würde, um an dem häßlichen Klassenwahlrecht ein wenig zu bessern und die Zahl der Rechtlosen zu verringern.

Im Kölner Rathause sitzt auch Herr Trimborn, der sozialpolitische Wortführer des Zentrums, und dieser Herr hat gemeinsam mit einem Dr. Otto Thissen ein Buch herausgegeben, das den Titel hat: „Soziale Tätigkeit der Gemeinden", und worin es heißt, daß

„in nicht zu ferner Zeit Aenderungen zu Gunsten der unteren Volksklassen bezüglich deren Teilnahme an der Gemeindevertretung unausbleiblich sind. Der Zustand, wie er heute besteht, wo die zahlreiche Arbeiterschaft davon so gut wie ausgeschlossen ist, kann auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden. Der Gegensatz zwischen dem Modus, wie für den Reichstag und wie für die Gemeinde gewählt wird, ist zu groß. In absehbarer Zeit wird für letztere ein Wahlmodus auf breiterer Basis gegenüber der gegenwärtigen geschaffen werden müssen." Herr Trimborn will alle die zur Mitwirkung bei den Gemeinde-Angelegenheiten herangezogen wissen, die „dauernd in der Gemeinde ihren Wohnsitz haben."

Am Donnerstag hatte Herr Trimborn Gelegenheit, von seiner Theorie einen kleinen Teil in die Praxis umzusetzen. Hören wir, wie er sich zu dem sozialdemokratischen Antrag stellte. Gegenüber einem von der liberalen Fraktion eingebrachten Kompromißantrag, der den Wahlzensus zwar auf 4 Mk. herabsetzen, diesen Steuerbetrag aber entgegen dem sozialdemokratischen Antrag auch erheben will, erklärte der Zentrumsführer Trimborn: „Ich stelle ausdrücklich fest, daß der liberale Antrag das Prinzip: Wer keine Steuern zahlt, soll auch nicht wählen! aufstellt; ich stelle ausdrücklich fest, daß, vom Standpunkte des heutigen Rechts aus, wir auf demselben Standpunkt stehen." Herr Trimborn unterscheidet sich hier in nichts von den als Wahlrechtsfeinden bekannten Nationalliberalen und dem gouvernementalen Oberbürgermeister. Die Rechtskommission des Kölner Stadtverordneten-Kollegiums hat einstimmig entschieden, daß der sozialdemokratische Antrag rechtlich zulässig ist. Der „Volksmann" Trimborn aber stellt sich brutal auf den Geldsackstandpunkt: Wer nicht zahlt, soll auch nicht wählen! und die ganze Zentrumssippe stimmt ihm zu. Daran kann man wieder einmal ermessen, wie weit, wie weit die Freundschaft der Zentrumspartei für das allgemeine, gleiche Wahlrecht her ist. Aus purer Furcht, daß ihm etwas von seinem Einfluß verloren gehen könnte, lehnt das Kölner Rathauszentrum genau wie das in Aachen die gerechte und noch dazu lächerlich winzige Forderung der Arbeiter ab. Das ist die Wahlrechtsfreundschaft des Zentrums!

Für die badischen Stichwahlen, die bekanntlich auf den 28. d. Mts. anberaumt sind, hat das Zentralkomitee der Zentrumspartei die Parole ausgegeben, daß ein Blockkandidat unter keinen Umständen unterstützt werden darf. Bei einer Stichwahl zwischen dem Block und den Konservativen wird letzterer unterstützt, bei einer Entscheidung zwischen dem Block und der Sozialdemokratie soll Wahlenthaltung proklamiert werden. Das Zentrum will in geeigneten Fällen die Konservativen sogar auch unterstützen, wo es selbst mehr Stimmen erhalten hat als jene. Die Konservativen ihrerseits haben beschlossen, für sich allein vorzugehen, also weder den Block noch das Zentrum zu unterstützen. Wie Blockparteien und Sozialdemokraten sich entschieden haben, ist noch nicht bekannt geworden.

Von den im ersten Wahlgang insgesamt abgegebenen 382,188 Stimmen entfallen 126,201 (42,7 vom Hundert) auf das Zentrum, 106,182 (35,8 v. H.) auf die Blockparteien, 50,342 (17 v. H.) auf die Sozialdemokratie, 11,131 (3,7 v. H.) auf Konservative und Bund der Landwirte und 2512 Stimmen (0,8 v. H.) auf Parteilose.

Die Folgen der Berliner Aussperrung! Hans Leuß schreibt in der neuesten Nummer der Finanzschrift „Plutus" folgende treffliche Betrachtung:

Etwas reichlich viel Gefühl ist in der Presse gegenüber den Arbeitern aufgeboten worden, deren Streiken zu einer Massenaussperrung geführt hat. Rätselhaft bleibt es, daß in diesem Falle die öffentliche Sympathie weit mehr als bei ähnlichen Fällen des letzten Jahres auf der Seite der Arbeitgeber war, die doch gegen einen verhältnismäßig kleinen Streik das brutalere Machtmittel der Aussperrung angewandt haben; es würde begreiflich sein, wenn aus der Provinz bei nächster Gelegenheit der Hauptstädtischen Presse der Vorwurf gemacht würde, daß sie ihre Stellung gegenüber Lohnkämpfen nach lokalpatriotischen Rücksichten einnähme. Ihr Aufwand von moralischer Entrüstung gegen die Arbeiter war so außerordentlich, daß selbst das Witzblatt „Ulk" sich von diesem moralischen Ernst angesteckt fühlte und in einem feierlichen Poem von Fritz Engel eine fromme Beterin aus dem Volke — „Arbeiterfrau, und jedes Jahr ein Kleines" — besang, die den Fluch des Himmels auf die Hetzer und Schwätzer herabwünschte, welche ihren Gustav hinderten, für seine vielen Kinder zu sorgen. Dies Gedicht im „Ulk" verdient Erwähnung als ungewollt lächerliches Kennzeichen der Entgleisung eines großen Teils der berlinischen Tagespresse bei dieser Gelegenheit. Hier ist allein eine objektive, wirtschaftliche Prüfung des Vorganges angebracht, um den es sich handelt; eine solche Prüfung ergibt aber, daß die scheinbare Ueberlegenheit der großen Unternehmungen und der scheinbare Mißerfolg der Arbeiter in Wahrheit den Arbeiterorganisationen Vorteil und Fortschritt bringen: die ökonomische Bilanz des kurzen Kampfes wird durchaus und vollständig den Arbeiterorganisationen zugute kommen. Darüber dürfen sich die Arbeitgeber keiner Täuschung hingeben, daß der statistische Erfolg ihres neuen und beliebten Kampf- und Machtmittels, der Aussperrung, insofern nur ein scheinbarer ist, als dieses Machtmittel die trägen, der Organisation fremden Arbeitermassen, die ja noch nach Millionen zählen, mit Gewalt in die Organisation hineintreibt. Bisher ist äußerlich etwa ein Drittel der Aussperrungen zu ungunsten der Arbeiter ausgefallen. Aber die Erfahrung hat gelehrt, daß die Organisationen der Arbeiter und ihre Arbeitslust durch nichts mehr gewonnen haben, als durch die Aussperrungen; schon die Streiks haben nachweislich einen ähnlichen Erfolg für die Organisationen häufig gehabt, aber die Aussperrungen verstärken diesen Erfolg schon aus dem Grunde außerordentlich, weil die Unternehmer gezwungen sind, organisierte und nichtorganisierte Arbeiter unterschiedslos zu behandeln; dadurch nötigen sie die Nichtorganisierten, ja selbst die „Arbeitswilligen", bei der Organisation Schutz gegen die Maßregel der Unternehmer, Unterstützung und Hilfe zu suchen. Die Aussperrung ist also das Mittel, mit dem die Unternehmer den Arbeiterorganisationen ihre Aufgabe gerade gegenüber den Elementen erleichtern, welche diesen Organisationen bis dahin unüberwindliche Schwierigkeiten boten. Je nüchterner und besonnener man also rechnet, desto mehr wird man feststellen müssen, daß auch der jetzt beendete Kampf mit einem starken Saldovortrag zu Gunsten der Arbeiterorganisation abschließt. Man muß allerdings diesem Urteil hinzufügen, daß die Unternehmer, die mit dem Machtmittel der Aussperrung gegen ihr Wissen und ihren Willen die Geschäfte der Arbeiterorganisationen besorgen, ebenso unbewußt am letzten Ende das Interesse der Unternehmungen selbst auf Umwegen befördern: deutlich und immer deutlicher hebt sich aus den wirtschaftlichen Kämpfen und den Zusammenschlüssen, durch welche diese Kämpfe geführt werden, die aber auch wieder durch sie befördert werden, der Zustand hervor, der als wirtschaftliches Ziel dieser Kämpfe in vielen Gewerben schon besteht: der langfristige Vertrag.

Fauler Zauber. Behufs Beseitigung der Fleischteuerung hat den Berliner Abendblättern zufolge die Zentralstelle der preußischen Landwirtschaftskammern sich in einem Schreiben an 430 Schlachthaus-Gemeinden in Preußen gewendet mit der Mitteilung, daß sie bereit sei, Maßnahmen gegen die hohen Fleischpreise zu treffen. Das Schreiben sagt, die Oeffnung der Grenzen in erhöhtem Maße würde die Landwirtschaft der größten Gefahr aussetzen. Die Preisbildung für Fleisch in den Städten sei von vielen anderen Bedingungen weit abhängiger als von der Gestaltung der Viehpreise, die dem Landwirt gezahlt werden. Zum Schlusse heißt es:

„Wir sind bereit, Organisationen zu schaffen, welche in der Lage sind, das lebende Mastvieh oder das ausgeschlachtete Fleisch in Tierhälften an die städtischen Verwaltungen abzugeben. Wenn die städtischen Verwaltungen den Vertrieb von Fleisch oder Vieh, wie es bereits an verschiedenen Orten geschehen ist, selbst in die Hand nehmen wollen, um die Fleischpreise zu verbilligen und in den Städten ebenfalls Organisationen zum Vertriebe des Fleisches einzurichten, so könnte aus dem gemeinschaftlichen Zusammenarbeiten dem Landwirt wenigstens der Produktionspreis gesichert werden, während die städtischen Konsumenten ihr Fleisch bestimmt sehr viel billiger erhalten würden." Schließlich erklärt das Kuratorium der Zentralstelle, daß es ermächtigt ist, zur Schaffung solcher Organisationen die Hand zu bieten.

Natürlich kann durch eine solche Maßnahme höchstens eine bessere Verteilung des Viehes an die konsumierende Bevölkerung und vielleicht auch eine Ausschaltung des Zwischenhandels mitsamt der Fleischermeister erreicht werden. Wo aber wegen Mangel an Vieh nichts zu verteilen ist — wie gegenwärtig — da helfen diese an und für sich lobenswerten Maßnahmen keinen Pfifferling. Zur Bekämpfung der Fleischnot ist beides nötig: Oeffnung der Grenzen und rationelle Verteilung des Produktes.

Am meisten werden sich die Herren Fleischermeister über die lieben Freunde aus dem Agrariertum freuen, ihnen wird kurzerhand die Existenz abgeschnitten — es ist ganz gut so, wenigstens fühlt nicht das Proletariat allein den Egoismus des Agrariertums.

Das „unsittliche" Gesangbuch. In den „Bramstedter Nachrichten" ereifert sich ein dortiger Bürger in einem Eingesandt darüber, daß durch das Gesangbuchlied: „Nun danket alle Gott!" den Kindern der Glaube an die kinderbringende Tätigkeit des Klapperstorches genommen werde. — In dem Liede steht der Vers: „Der uns von Mutterleib und Kindesbeinen (ursprünglich „Kindesspinnen") an . . ." Man sieht, bis zu welchen Ungeheuerlichkeiten der perverse Prüderiedunkel manche Gemüter verleitet. Für jeden normal denkenden und empfindenden Menschen ist der Leib der Mutter, der ihn getragen und geboren, ein Heiligtum. Unsere Sittlichkeitsfanatiker haben es glücklich dahin gebracht, daß man den Ausdruck „Mutterleib" als etwas Unanständiges betrachtet.

Abkürzung der Untersuchungshaft. Wegen der Dauer der Untersuchungshaft hat das bayrische Justizministerium dieser Tage den in Betracht kommenden Justizbehörden seine Anerkennung darüber ausgesprochen, daß, wie die seit fünf Jahren über die Dauer der Untersuchungshaft gepflogenen eingehenden Erhebungen ergaben, alle Justizbehörden bestrebt seien, die Durchführung von Strafsachen mit verhafteten Angeschuldigten möglichst zu beschleunigen. Das Ministerium ermahnt die Behörden, immer im Auge zu behalten, daß die Untersuchungshaft einen schweren Eingriff in die persönliche Freiheit darstelle und daher in jedem Falle sorgfältig zu prüfen sei, ob sie gerechtfertigt und geboten oder ob die längere Inhaftierung im Laufe einer Untersuchung noch geboten erscheine. — Und in Preußen?

Die Landtagswahlreform in Hessen ist vorläufig gescheitert! Die zweite Kammer hat bei Beratung des Gesetzentwurfes betreffend die Reform des Landtagswahlrechts den Initiativantrag der ersten Kammer, welcher die Annahme des Gesetzentwurfs von einer Erweiterung der Befugnisse der ersten Kammer abhängig machen will, mit allen gegen 3 Stimmen abgelehnt. Staatsminister Dr. Rothe hatte sich ebenfalls gegen die Annahme des Antrages erklärt, weil er eine Aenderung der Verfassungsurkunde in sich schließe. Damit ist die Wahlreform vorläufig gescheitert.

Die Lübecker Bürgerschaftswahlen finden vom 14. bis 17. November statt. Es sind 40 Abgeordnete zu wählen. Die 4 Mandate zur zweiten Abteilung werden voraussichtlich der Sozialdemokratie zufallen, die damit zum ersten Male in die Bürgerschaft einzieht. Bekanntlich war es das Prinzip reaktionärer Majorität bei der Bildung von zwei Wählerklassen durch die neue Wahlrechtsreform, dem besitzenden Teile der Bürgerschaft in der ersten Abteilung eine sichere Existenz zu verschaffen, dafür aber die Proletarier so zu entrechten, daß sie niemals mehr als einen kleinen Teil der Mandate erobern können.

Tu Geld in Deinen Beutel, Michel! Dem Reichstage wird kurz nach seinem Zusammentritte eine Denkschrift über die Kriegsereignisse der letzten Zeit in Südwestafrika zugehen. Außerdem sollen Forderungen eingebracht werden, die sich auf den landwirtschaftlichen Wiederaufbau der Kolonie beziehen, u. a. Forderungen betreffend Entschädigung der Farmer, um ihnen die Wiederaufnahme der Farmbetriebe zu ermöglichen, und betreffend den Bau der Eisenbahn Lüderitzbucht — Kubub — Keetmannshoop.

Die Konten bei Tippelskirch. Neuerdings wurde in der Presse Beschwerde geführt, daß der Bedarf an Kolonialausrüstung für unsere Armee fast ausschließlich bei der großen Berliner Firma Tippelskirch u. Co. gedeckt wird und alle Konkurrenten so gut wie ausgeschaltet sind. Jetzt wird dem „B. T." von mehreren Seiten berichtet, daß sich in den Büchern der Firmen von Tippelskirch u. Comp. zwei mysteriöse Teilhaberkonten befinden, ein „Konto P", dessen Inhaber Herr von Podbielski, und ein „Konto St", dessen Inhaber Herr Kolonialdirektor Dr. Stübel sei.

Das wäre allerdings sehr interessant.

Ausland.

Die ungarische Krise. Wie verlautet, wird die Koalition anläßlich der Wiederernennung des Kabinets Fejervary eine Erklärung veröffentlichen, in der darauf hingewiesen wird, daß dem Kabinett im Reichstage das Mißtrauen votiert und im Abgeordnetenhause ein Anklageantrag gegen das Kabinet vorbereitet worden sei; diese beiden Tatsachen würden für die Stellungnahme der Koalition gegenüber dem Kabinett maßgebend sein.

Antiarischische Demonstrationen in Rumänien. In Braila, wo sich die größte griechische Kolonie in ganz Rumänien befindet, fand eine Protestversammlung gegen die von Griechen in Mazedonien begangenen Gewalttätigkeiten statt. Ein großer Teil der in Braila ansässigen griechischen Kaufleute hißte die rumänische Flagge. Trotz des großen Andranges des Publikums verlief das Meeting ohne Störung.

Soll das norwegische Volk seine Regierungsform bestimmen? In der Montagsitzung des Storthings stand der Antrag von zehn Mitgliedern, betreffend die Volksabstimmung, zur Beratung. Der Präsident schlug auf Antrag der Regierung vor, die Beratung bis auf weiteres auszusetzen. Der Vorschlag wurde unter der Voraussetzung einstimmig angenommen, daß der Antrag der zehn Mitglieder des Storthings gleichzeitig mit dem in dieser Angelegenheit von der Regierung etwa einzubringenden Antrage beraten werden.

Arbeiterbewegung.

Zum Wäscherinnen- und Näherinnenstreik in Berlin veröffentlicht Alfred Scholz in der „Welt am Montag" das folgende kleine Poem:

Ehret die Frauen.

„Ehret die Frauen! Sie flechten und weben"
Sticken und steppen und „stoppen" daneben;
Nähen euch Wäsche und waschen sie rein,
Blauen und stärken und bügeln sie fein.
Sollen sie dabei nun leben wie Hunde?
Schuften für ganze zehn Pfennig die Stunde?
Sollen sie darben und frieren und hungern,
Während die „Herren" im Ueberfluß lungern?
Sollen sie Nachts auf die Straße gar laufen
Und sich um schnöden Mammon verkaufen?
Nein! — . . Sie verlangen ihr Brot und ihr Recht,
Sind sie auch gleich nur das schwache Geschlecht.
Gebt ihnen, die für uns stricken und weben,
Das — was sie brauchen zum täglichen Leben.
Wollt ihr sie weiter im Preise noch drücken:
Wer wird uns mit Hosen und Socken beglücken?
Sie werden streiken anstatt zu stricken.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 24. Oktober.

* **Der Sozialdemokratische Verein** hielt gestern Abend im Saale des Gewerkschaftshauses eine Mitglieder-Versammlung ab. Vorerst beschäftigte sich die Versammlung mit der Frage der Anstellung eines Parteisekretärs. Der Vorsitzende und eine Anzahl anderer Redner nahmen das Wort, um die Notwendigkeit eines Parteisekretärs darzutun. Insbesondere wurde betont, daß die Parteigeschäfte so außerordentlich gewachsen seien, daß sie nebenamtlich nicht mehr so gründlich bewältigt werden könnten. Die Frage, ob sich der Partei-Sekretär rentieren würde, wurde fast allseitig bejaht. Einem Redner war für die Anstellung vor allem die Ausbreitung der Parteipresse maßgebend, die immer weitere Kreise in unseren Arbeitskreis hineinziehe. Auch die Bezirks- und Distriktsführer müßte der neue Parteisekretär belehrend unterstützen. Die Gehaltsfrage spielte in der Debatte ebenfalls eine Rolle, 2000 Mark seien zu wenig, aber es wurde andererseits hervorgehoben, daß diese Frage erst an zweiter Stelle komme, dagegen müsse man eine Person auswählen, die in der Organisation und Agitation bewandert sei.

Die Versammlung beschloß nunmehr gegen eine Stimme die Anstellung eines Parteisekretärs. Die Stelle soll in der „Volkswacht" ausgeschrieben werden.

Sodann hielt Genosse Peikert den angekündigten Vortrag über Partei und Gewerkschaften.

Redner beschäftigte sich vorwiegend mit der Stellung beider Bewegungen zur Maifeier und zum Massenstreik. Er knüpfte dabei zunächst an die 1889 in Paris und auf anderen internationalen Sozialisten-Kongressen gefaßten Beschlüsse an, die sich auf die Maifeier beziehen. Aehnlich wie die verschiedenen Parteitage, so habe sich es mit der Maifeier zuerst nur um eine Demonstration für den Achtstundentag und den Weltfrieden gehandelt. Der Gedanke der völligen Arbeitsruhe sei erst — wie auch auf dem Parteitag in Köln 1893 betont wurde — nachträglich hineingetragen worden. Nachdem Redner die Entstehung und Wandlungen der Maifeier erörtert, kam er auf die Verhandlungen des 5. Gewerkschaftskongresses in Köln zu sprechen. Im Gegensatz zu dem dort gefaßten Beschluß sei der diesjährige Parteitag recht deutlich gewesen. Legien habe mit Recht gesagt: Die Gewerkschaften wollten auch fernerhin für die Maifeier eintreten, aber sie wünschten größere Einheitlichkeit und verständen sie als ver-

stärkte Demonstration, die aber nur durch Abendfeiern herbeigeführt werden könnte. Wir seien selbst Schuld, wenn zum Beispiel in Breslau die Maifeier in so geringer Beteiligung aufweise. Das Geld, das man heute für Kränze auf Lassalles Grab ausgebe, verwendeten die Gewerkschaften besser dazu, um eine würdigere Maifeier in Breslau zu veranstalten. Weshalb könne die Partei die Maifeier nicht imposanter gestalten? Wir müßten mit größerer Begeisterung an die Sache herantreten. Ohne Ideale kämen wir nicht vorwärts. Unsere Gewerkschaften pflegten leider weniger die Ideale denn die materiellen Interessen. Es sei auch eine unbegründete Furcht, wenn Anstoß daran genommen werde, für die Partei in den Gewerkschaften zu agitieren. Ebenso sei es unzutreffend, daß die Gewerkschaften sich von der Partei abwendeten. Hoffentlich werde der Amsterdamer Kongreß eine Verständigung in der Maifeierfrage herbeiführen. — Bezüglich des politischen Massenstreiks, der Partei und Gewerkschaften jetzt in hohem Grade beschäftige, hob Redner hervor, daß die Reaktionäre versuchten, uns in die Aera Bismarcks zurückzudrängen. Kautsky habe den Massenstreik für eine wuchtige Waffe des Proletariats erklärt. Es sei gesagt worden, wenn uns das Wahl- und Koalitionsrecht genommen würde, seien wir noch nicht am Ende des Lateins. Was solle das? Sicher sei, daß wir uns rüsten müßten, denn es ginge etwas hinter den Kulissen vor. Die Gewerkschaftsbewegung habe sich nach der Parole der Partei zu richten, wenn auch andererseits die Eigenart der Gegenstände berücksichtigt werden müßte. Der Massenstreik könne notwendig werden. Man sage, eine Diskussion darüber erübrige sich. Es müsse aber doch Aufklärung geschaffen werden. Wenn es nicht so schlimm wäre, wie die Wahlrechtsräubereien in Hamburg, Lübeck, Sachsen u. a. zeigten, dann hätte man eine solche Resolution nicht gefaßt. Es müsse noch sehr viel getan werden. Ein ungeheueres Feld der Arbeit müßten wir noch beackern. (Beifall.)

Genosse Kühn verweist darauf, daß die Partei die Gewerkschaften ins Leben gerufen habe, folglich müßten sich die letzteren auch in wichtigen Fragen der ersteren unterordnen. Er beklagt sich dann über die am Orte ausgebrochenen Streitigkeiten zwischen Partei und Gewerkschaften.

Genosse Steinbrecher kann sich mit dem Parteitag nicht einverstanden erklären. Redner legt dar, wie die Partei und wie die Gewerkschaften gewachsen seien. Die letzteren hätten die erstere rechts überflügelt. Bebel habe gesagt, er wolle ein Gewerkschaftsblatt redigieren, ohne daß das Wort Sozialdemokrat darin vorkomme und doch die Mitglieder mit sozialistischem Geist erfüllt würden. Das sei der springende Punkt. Die Gewerkschaftsbewegung propagiere den Sozialismus, aber die Partei leiste nicht genug. Man vergleiche nur die Auflage der Partei- und Gewerkschaftspresse. Es sei keine Verflachung der Gewerkschaftsbewegung eingetreten. Die Partei sollte nicht bestimmen, was die Gewerkschaften tun müßten. Schwer sei es, unaufgeklärte Arbeiter in die Gewerkschaften einzuführen. Die Kämpfe der Gewerkschaften bewiesen, daß sie auch von Idealismus beseelt seien.

Genosse Radlof gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß Meinungs-Differenzen zwischen Partei und Gewerkschaften vorhanden seien. Das ließe sich aus den Verhältnissen und der Entwickelung beider Bewegungen erklären. Zwischen Parteivorstand und Generalkommission müsse auch stets rechtzeitig eine Verständigung herbeigeführt werden. Die Gewerkschaften müßten sich auch mehr mit sozialistischen Themas beschäftigen. Die Gewerkschaftsmitglieder müßten ihren Beamten mehr Zeit gönnen, sich mit der Partei zu beschäftigen. Im Grunde seien beide Bewegungen eins: Erlösung aus dem Joche der Lohnsklaverei.

Genosse Dietrich tritt Peickert entgegen. Bömelburgs Rede zum Massenstreik sei vielfach falsch aufgefaßt worden. Durch seine Rede klang hindurch, daß B. für denselben sei. Den Gewerkschaften schiebe man alle Schuld zu. In Kattowitz, wo kürzlich die Wahl stattfand, habe sich gezeigt, daß die Gewerkschaften die Partei überflügelt haben. Beide Bewegungen seien aufeinander angewiesen. Die Gewerkschafter müßten immer wieder auf das Lesen der sozialdemokratischen Presse hingewiesen werden. Die Gewerkschaften seien die Vorschule der Sozialdemokratie. Radlof vermisse sozialistische Thematas. Wo geschehe das nicht? Im Grunde seien wir doch einig.

Genosse Friedrich bemerkt, die Partei müsse sich auf die Gewerkschaften stützen, sie könne ohne die letzteren nichts beginnen.

Nach einem Schlußwort Peickerts wird ein Antrag angenommen, die Debatte in der nächsten Mitgliederversammlung fortzusetzen.

Mittelstands-Retterei.

Der Innungsausschuß hatte für Montag im „Deutschen Kaiser" eine öffentliche Versammlung einberufen, zu welcher alle Berufsstände des Mittelstandes, Handwerker, Kaufleute, Beamte 2c. eingeladen waren. In dieser Versammlung sollte der Tischler-Obermeister Rahardt aus Berlin über die Bestrebungen der Mittelstands-Vereinigung behufs Gründung einer Ortsgruppe in Breslau sprechen. Es war anzunehmen, daß der große Saal nicht ausreichen werde, alle die Personen aufzunehmen, die zu dem Vortrage des Herrn Rahardt, der zweiter Vorsitzender der Mittelstandsvereinigung ist, kommen würden. In dieser Erwartung war man aber gründlich enttäuscht, kaum 300 Personen waren anwesend. Ein allzu großes Interesse für die Mittelstandsbewegung scheint somit in Breslau nicht vorhanden zu sein. Der Vorsitzende, Herr Maler-Obermeister Ludwig, teilte sogleich mit, daß Herr Rahardt an seinem Erscheinen verhindert sei und an seiner Stelle Herr Schneidermeister Meyer aus Schweidnitz den Vortrag halten würde.

Dieser Redner sprach zunächst über die Gründung selbst und erläuterte sodann das Programm der Mittelstands-Vereinigung. Nach den Ausführungen des Herrn Meyer scheine der Vereinigung die Warenhäuser, die Konsumvereine und eine anderweitige Verteilung der Lasten für die Arbeiterversicherung am Herzen zu liegen, wenigstens verbreitete sich der Redner über diese Dinge am meisten. Im allgemeinen ging seine Rede dahin, daß der Staat zwar das Großkapital und nach unten die Arbeiter in ihren Bestrebungen fördert, den Mittelstand aber, der den Staat erhält, vollständig vernachlässige. Darum müßten alle Stände, die zu ihm gehören, eine geschlossene Phalanx bilden und ihre Forderungen durchführen. Ein einzelner Verband sei ganz ohnmächtig, er erreicht nicht das geringste, der Zusammenschluß müsse es machen. Der Handwerkerstand habe sich durchaus nicht gehoben, er werde von oben wie von unten erdrückt, politisch habe er sich als unreif erwiesen, weil es nicht die richtigen Männer ins Parlament wähle. Wenn die Berufsstände erst zur Erkenntnis gelangt sein werden, daß sie zusammen gehören und gemeinsame Interessen zu vertreten haben, dann wird auch die wirtschaftliche Lage des Einzelnen sich heben. Den Beamten redet er zu Herzen, sich der Bewegung anzuschließen, denn wenn es dem Kaufmann und Handwerker schlecht geht, dann sei auch der Beamte in seinem Einkommen gefährdet. „Zum Heile des deutschen Vaterlandes" soll alles in den Bund eintreten, dann werde der Wohlstand blühen.

In der Diskussion ritt Herr Oskar Josef Kaiser sein altes Steckenpferd: Die Besteuerung der Konsum-Vereine. Er fordert auch, daß in das Programm der Mittelstands-Vereinigung der Passus aufgenommen werde, daß Beamte, Kaufleute und Handwerker nicht Mitglieder von Konsumvereinen werden und sie in keiner Weise unterstützen dürfen. Dieser Wunsch wird wohl nie in Erfüllung gehen, wir erinnern an eine Aeußerung des Syndikus der Breslauer Handelskammer, Herrn Dr. Baeschke, die er anläßlich eines Vortrages im Verein der Breslauer Handwerksmeister getan hat: Die Mittelstandsbewegung sei weiter nichts, als eine Verkleisterung der Gegensätze. Es wird Bekämpfung der Konsumvereine gefordert, von denen gerade die Beamten und Handwerker einen Nutzen haben. Eine Abstimmung, ob in Breslau eine Ortsgruppe gegründet werden solle, erfolgte nicht. Man ließ aber Listen zirkulieren zur Aufnahme von Mitgliedern. Die Ausbeute scheint nur eine kleine gewesen zu sein, denn bei der Ankündigung räumte alles den Saal.

Aus Schlesien und Posen.

Zur neuesten Kosaken-Affäre

an der preußisch-russischen Grenze wird amtlich mitgeteilt:

„Seit einigen Tagen beschäftigt sich ein Teil der deutschen Presse mit einem Falle von Grenzverletzung, deren sich ein Kosak bei Myslowitz durch unrechtmäßige Verhaftung zweier preußischer Staatsangehöriger schuldig gemacht haben soll. Den Berichten zufolge, sind die betreffenden Leute von den russischen Behörden einer sehr wenig freundlichen Behandlung unterworfen und dann nach erfolglosen Erpressungsversuchen wieder über die Grenze abgeschoben worden. In Berlin ist über diese Vorgänge ein amtlicher Bericht noch nicht eingegangen. Derartige Vorfälle in den Grenzgebieten werden in der Regel durch direkte Verhandlungen der preußischen Oberpräsidialbehörden in den Grenzbezirken mit den entsprechenden amtlichen Stellen in den russischen Gouvernements erledigt. Erst wenn diese Verhandlungen zu einem befriedigenden Ergebnis nicht geführt haben, tritt das durch Vermittelung des Ministeriums des Inneren angerufene Auswärtige Amt in Aktion."

Auch die Kattowitzer Polizeiverwaltung nimmt das Wort. Sie schreibt dem „Oberschl. Tagebl.":

„Es ist unwahr, daß der vernehmende Beamte den aus Rußland zur Auswechselung gelangten preußischen Staatsangehörigen Schmidt und Halama gesagt hat: „Viel Zweck würde die Geschichte wohl nicht haben, da sich ja alles im Sande verlaufen würde." Dagegen sind die beiden Auszuwechselnden bei ihrer Vernehmung, die nach vorgebrachter Beschwerde ohne weiteres aufgenommen worden ist, zur wahrheitsgemäßen Schilderung des Vorfalles ermahnt worden, unter dem Bedeuten, daß eine unberechtigte Beschwerde ihren Zweck vollständig verfehlen müßte."

Darauf antwortet treffend das Blatt:

„Uns schien und scheint die Angabe der beiden jungen Leute, daß der Polizeibeamte eine solche Aeußerung getan hat, sehr glaublich. Nach den bösen Erfahrungen, die wir gemacht haben, daß sich nämlich die preußische Regierung in ähnlichen Fällen von Rußland ruhig auf die Hühneraugen treten läßt, hätte vielleicht auch jeder andere den beiden armen Leutchen, die man unberechtigter Weise mit gemeinen Verbrechern zusammen in Rußland einzusperren sich unterfing, zugerufen: „Laßt alle Hoffnung dahinten — es handelt sich ja um Rußland!" Es wird wohl erst eine ernstliche Aenderung eintreten, wenn einmal ein hoher Beamter, Militär in Zivil oder eine ähnliche Respektsperson von einem Kosaken-Traktiteur an der Grenze weggefangen ist."

Ob die unerhörte Schmach diesmal wirklich eine Sühne erhalten wird? Wir wagen es nach allem, was das Deutsche Reich sich schon von Rußland hat gefallen lassen, kaum zu hoffen. Es ist ja eine alte preußische Tradition Väterchens Knute zu küssen. Und so oft in den letzten Jahren im Reichstage der deutschen Regierung das jämmerliche Bauchrutschen vor Rußland vorgehalten worden ist, so oft haben die Vertreter der Regierung, hat Graf Bülow erklärt, daß man nicht ablassen werde, auf das sorgsamste die Beziehungen zu dem „befreundeten Nachbarreich" zu pflegen.

Hakatistisches aus Oberschlesien.

Die reaktionäre „Schles. Ztg." und die ehrliche „Neisser Ztg." liegen sich wieder einmal in den Haaren. Mit Kosenamen, wie — Unwahrheiten, Lügen usw. zahlt die frömmelnde Neisser die geliebte Schlesische heim. Es handelt sich um eine der vielen Schulgeschichten, wo die hakatistischen Lehrer polnische Kinder ungerecht gezüchtigt haben. Die „Schles. Ztg." hatte über den Vorfall folgendes aus Fraustadt berichtet:

„Wie die polnische Verhetzung weiter um sich greift, zeigt folgender Vorfall. In dem Dorfe Brenno im nördlichen Teile des Kreises Fraustadt beging vor einiger Zeit der dortige polnische katholische St. Josef-Verein eine Festlichkeit. Der Hauptlehrer Scholz wies seine Schulkinder an, sich von dem Besuche des Festes fernzuhalten bezw. vor Dunkelwerden den Festplatz zu verlassen. Trotz des Verbotes blieben verschiedene Schulkinder mit ihren Eltern, zum Teil aber auch ohne sie bis 11 Uhr Abends auf dem Festplatze. Infolgedessen bestrafte der Hauptlehrer die betreffenden Kinder wegen Ungehorsams. Die Folge davon war, daß eine allgemeine Entrüstung unter den polnischen Bewohnern des Ortes entstand, die darin ihren Höhepunkt erreichte, daß die Schulkinder, von den Eltern aufgehetzt, den Lehrern erklärten, daß sie Polen seien. Sie grüßten fortan die Lehrer nur noch in polnischer Sprache. In der vergangenen Woche warf sogar ein Schulknabe den Lehrer Hellmann auf der Straße mit einem Stein. Als der Lehrer am nächsten Tage den Knaben züchtigte, gab dies den Eltern des Knaben willkommene Gelegenheit, zu erzählen, daß ihr Sohn blutig aus der Schule nach Hause gekommen sei. Die Erregung unter der polnischen Bevölkerung war so groß, daß der Landrat aus Fraustadt nach Brenno fuhr, um die erregten Gemüter zu beruhigen. Der katholische Pfarrer, den der Landrat zur Schlichtung hinzuziehen wollte, ließ erklären, daß er zu Bett läge. Aehnliches hat sich auch in dem Brenno benachbarten Dorfe Weine zugetragen."

Auf diesen Hetzartikel — wie die „Neisser Ztg." sich ausdrückt — hatte letztere sich nun besondere Informationen eingeholt, die den Sachverhalt wesentlich anders darstellen. Sie läßt sich berichten:

„Vor einem Jahre wurde in hiesiger Pfarre Brenno, mit dem Sitze in Brenno, ein St. Josef-Verein gegründet, zu dessen Ehrenvorsitzenden ich gehöre. Der Zweck des Vereins ist monatliche Zusammenkunft (1. Sonntag des Monats). Beratungen über Hebung des Arbeiterstandes durch katholische Schriften, Belehrungen und Enthaltung von Alkohol. Die Enthaltsamkeitsbruderschaft ist hier schon über 50 Jahre eingeführt, zu der die meisten Mitglieder der Pfarre gehören. Der neugegründete Verein beschloß in diesem Jahre ein Vergnügungsfest in der Nähe des Ortes abzuhalten. Das Vergnügen wurde durch Regen gestört. Hierauf beschloß man, im August d. J. ein zweites Fest zu veranstalten. Bei dem ersten Vergnügen waren zwei Gendarmen anwesend, bei dem zweiten nur einer, weil die Ordnung die beste war. Ich selbst war nie zugegen. Das zweite Mal war ich im Bade. Der übersandte Zeitungsausschnitt enthält Unwahrheiten und Lügen. Meine Pfarre Brenno ist polnisch. Die Hakatisten, besonders evangelische (katholische Hakatisten gehören nicht mehr zur katholischen Kirche), möchten gern unsere Pfarr. für sich gewinnen, germanisieren und protestantisieren. Jetzt ziehen sie wieder ein Hindernis in diesem unschuldigen und doch ihnen so gefährlichen Vereine, gegen Unglaube und Sozialdemokratie gerichtet. Wo bleibt bei ihnen die Befolgung der Worte Sr. Majestät des Kaisers in Gnesen? Der Herr Hauptlehrer Schulz aus Brenno erlaubte den Kindern, wie er mir nach Karlsbad und auch mündlich mitteilte, (nach meiner Rückkehr), an dem Vergnügen teilzunehmen. (Ich hätte dies nicht gestattet, wie ich sofort sagte, da Kinder an einem Vergnügen Erwachsener bis 11 Uhr Nachts nicht teilnehmen dürfen.) Es geschieht ja leider in Fraustadt, daß Kinder von den Herren Pastoren Abends unter Lampionsbeleuchtung und Feuerwerk nach Hause zurückkehren. Der Schluß: „Was dem einen recht, ist dem andern billig. Nach Aussage des Herrn Hauptlehrer Schulz kann ich demselben keinen Vorwurf machen, daß derselbe die Kinder wegen Ungehorsam bestrafte, und zwar, wie er sagte, gerade. Was die Vorwürfe gegen den Lehrer v. Hellmann anbetrifft, so beruhen dieselben auf Wahrheit. Wenn ein neuer Lehrer sich mir vorstellte, so empfing ich ihn stets herzlich, obwohl ich heutzutage bei uns weder Schulinspektor und noch weniger als Dekan Kreisschulinspektor bin, und bat ihn, sich gegen die Gemeinde auch höflich zu zeigen, da dieselbe brav und sehr entgegenkommend ist. Leider schickt die Königliche Regierung hierher ganz junge Lehrer, ohne Erfahrung, unfähig der polnischen Sprache, direkt aus dem Seminar, mit einem, auch für die Deutschen unverständlichen Dialekte. Mag der Lehrer zuerst zeigen, daß er lernen kann, bevor er lehrt. Es ist ein lächerliches Verlangen, daß wir den betreffenden Lehrer deutsch grüßen sollen, besonders wenn manche der Herren von den Kindern den Gruß verlangen Guten Tag, Guten Morgen usw., statt Gelobt sei Jesus Christus und dann selbst das Beispiel geben, dem Allerheiligsten, wenn es zum Kranken getragen wird, die Ehrfurcht verweigern. Was den v. Lehrer Hellmann anbetrifft, so hat sein Hauptlehrer, Herr Schulz, mir auch zugegeben, daß er zu viel schlägt und ihn verwarnt. Ein Beispiel: Ein Knabe warf mit dem Steine nach Herrn Hellmann. Herr Schulz bestrafte ihn. Der Knabe zeigte eine große Reue. Herr Hellmann wußte, daß er ihn nicht mehr bestrafen sollte, bestrafte ihn trotzdem. Ich erinnere hierbei an die Bestrafungen seitens des Herrn Hellmann bei dem Mühlenbesitzer Pukacki an dessen Dienstjungen: da er die unverständliche Sprache des Jungen bei den Turnübungen nicht verstand, schlug er ihn blutig. Dies machen heutzutage bei uns junge Lehrer, unterstützt aus dem Ostmarkenverein. In Weine wurde ein junger Lehrer durch den Gendarm aus dem Wirtshause nach Hause transportiert. Was die Schlichtung des Streites seitens meiner Person anbetrifft, so muß ich wiederholen, daß auch dies eine Lüge ist. Ich erhielt vom Königlichen Landrat, Herrn von Heppe, die Abschrift an den Vorsitzenden usw. Herrn Mitecki mit der Bemerkung: „Abschrift übersende ich Euer Hochwürden als Ehrenvorsitzenden des Vereins ergebenst mit dem Anheimgeben, der Rücksprache, welche ich mit dem Vereinsvorstande wegen gewisser Vorgänge bei dem letzten Sommervergnügen zu halten habe, gefälligst beiwohnen zu wollen. gez. von Heppe. An den Dekan Herrn Nitzig, Hochwürden, Brenno." Infolgedessen hatte ich keine Veranlassung, dem Termin beizuwohnen, besonders da derselbe nicht in Brenno, sondern in Weine anberaumt wurde. Eine Entschuldigung übersandte ich nicht. Nach Weine ging ich nicht, da ich schon schwach und alt bin und meine Pferde haben etwas anderes jetzt zu tun. Was das Schlafen anbetrifft, so gehe ich, Gott sei Dank, zeitig zu Bette, stehe aber auch zeitig auf und werde ich nie mich mit dem bekannten, anonymen Hakatisten auf eine Stufe stellen. Hochverehrter Herr Redakteur! Was Sie zur Antwort gebrauchen, benutzen Sie. Was ich Ihnen mitgeteilt habe, beruht auf Wahrheit. Ergebenst Nitzig, Dekan."

Wir haben, damit man uns nicht in bekannter Manier der groben Unterschlagung bezichtigt, beide Parteien ausführlich zu Worte kommen lassen. Das aber läßt sich jedenfalls mit aller Sicherheit aus der Darstellung feststellen: Daß sowohl die Geistlichen als die sonstigen hakatistischen Schürer einen beträchtlichen Teil der Schuld an diesen traurigen Zuständen tragen.

Neueste Nachrichten.

Wahlbündnis.

Der Block der Liberalen in Baden hat nach der „Nat.-Ztg." mit den Sozialdemokraten einen Kompromiß für die Stichwahl abgeschlossen.

Die Sklaverei.

Die Zechenbesitzer im Ruhrrevier haben der „Rhein.-Westfäl. Zeitung" zufolge sich behufs Verhütung des fortwährenden Wechsels der Belegschaften vorläufig dahin verständigt, daß bis zu einem bestimmten Zeitpunkt kein Bergarbeiter auf den Zechen angenommen werden soll, der ohne Grund seine Arbeit auf einer anderen Zeche niedergelegt hat. Es ist in Aussicht genommen, diese freie Vereinbarung später eventuell straffer zu gestalten.

Da die Unternehmer bestimmen, was „grundloses" Verlassen der Arbeit ist, haben sie damit die Freizügigkeit der Arbeiter aufgehoben.

Der Eisenbahnerstreik in Rußland

dehnt sich mehr und mehr aus. Auch auf der Eisenbahnstrecke Moskau—Windau ist der Betrieb eingestellt. **Die Eisenbahnverbindung Moskaus mit den anderen Städten des Reiches ist vollkommen unterbrochen.** Da der Postverkehr infolge des Ausstandes der Eisenbahnangestellten eingestellt ist, wird die Handelskorrespondenz Moskaus mit der Provinz auf telegraphischem Wege bewerkstelligt. Moskau besitzt noch für acht Tage Vieh, für drei Wochen Pökelfleisch, für fünf Tage Molkereierzeugnisse. Die Fleischpreise schlagen auf. Milch mangelt fast vollständig. Der Minister für Verkehrsangelegenheit, Fürst Chilkow, hält die Lage für ernst. Der Wirtschaftsbericht stellt eine stufenweise fortschreitende Teuerung der Nahrungsmittel in Aussicht.

Der Bürgermeister von Moskau ist davon in Kenntnis gesetzt worden, daß die städtischen Arbeiter in den allgemeinen Ausstand zu treten beabsichtigen, falls ihre Forderungen nicht bis zum 28. Oktober bewilligt seien.

Die Eisenbahnangestellten haben auch in Saratow die Arbeit niedergelegt. Gemeinsam mit den Arbeitern wurde ein von 3000 Personen besuchte Versammlung veranstaltet, in der eine gesetzgebende Körperschaft auf Grund des bekannten liberalen Programms verlangt wurde. Abends wurde eine zweite, von annähern 5000 Personen besuchte Versammlung abgehalten. Die Angestellten der industriellen Betriebe haben sich der Bewegung angeschlossen.

In Jekaterinoslaw ist der Eisenbahntelegraph beschädigt. Der Bahnhof wird von Truppen bewacht. Für morgen wird hier mit dem Ausstande der Handwerksgesellen und Handelsgehilfen gerechnet. Die Bahn- und Telegraphen-Angestellten haben die Arbeit bereits eingestellt. Der Straßenbahnverkehr ist unterbrochen, Droschken fehlen ganz. Der Bahnhof und der Güterladeplatz liegen im Dunkeln. Die Fabrikarbeiter sind in zwei von ihnen selbst zusammengestellten Zügen nach den Vororten abgefahren. Infolgedessen wird auch in den Fabriken gefeiert.

Meteorologische Beobachtungen der Königlichen Universitäts-Sternwarte.

23. u. 24. Oktober.	Nachm. 2 Uhr.	Abends 9 Uhr.	Morg. 7 Uhr.
Luftwärme (C.)	+ 5,2	+ 0,7	— 0,2
Luftdruck bei 0° (mm)	750,2	750,9	750,9
Dunstdruck (mm)	4,5	4,8	4,5
Dunstsättigung (pCt.)	68	98	100
Wind (0—12)	S 4	SO 3	SO 1
Wetter	wolkig	bedeckt	bedeckt

Notierungen der städtischen Markt-Notierungs-Kommission
Breslau, 23. Oktober.

Pro 100 Kilogramm

	gute höchst	gute niedr.	mittlere höchst	mittlere niedr.	geringere Sort. höchst	geringere Sort. niedr.
Weizen, weißer	17.00	16.20	16.10	15.30	15.20	14.20
Weizen, gelber	16.90	16.10	16.00	15.20	15.10	14.10
Roggen	15.80	15.20	15.10	14.70	14.60	13.70
Gerste	15.00	14.50	14.40	13.80	13.20	12.30
Hafer	14.40	13.90	13.80	13.40	13.20	12.90
Viktoria-Erbsen	18.00	17.00	16.00	15.00	14.00	13.00
Erbsen	17.50	17.00	15.80	14.80	14.00	13.50

Heu pro 50 Kilogramm 2.20—2.50 Mk.
Stroh, pro Schock 22.00—24.00 Mk.
Winterraps 22.10—20.10—18.10 Mk.

Breslauer Mehlmarkt. Mehl fest, per 100 Kilogramm inkl. Sack brutto, Weizenmehl 00 fest, 23.50—24.50 Mk. Roggenmehl 00 fest, 22.25—22.75 Mk. Roggen-Hausbacken fest, 21.75—22.25 Mk. Roggen-Futtermehl fester, 10.25 bis 10.75 Mk. Weizenkleie fester, 9.50—10.00 Mk.

Briefkasten.

L. P., Brieg. Die Einteilung der Schornsteinkehr-Bezirke wird durch Polizeiverordnung festgestellt.

Versammlungen und Vereine.

Breslau.

Gewerkschaftshaus.

Dienstag, den 24. Oktober:

Stukkateure. Versammlung Abends 8 Uhr. Zimmer Nr. 3 u. 4.

Mittwoch, den 25. Oktober:

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Breslau". Jeden Mittwoch: Vereinsabend. Aufnahme neuer Mitglieder.

Donnerstag, den 9. November:

Malerverband. Mitglieder-Versammlung im großen Saale.

Sonnabend, den 28. Oktober:

Stiftungsfest der Maurer im großen Saale. Arbeitslose Kollegen wollen sich im Verbands-Bureau melden.

Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:

Distrikt I (Gräbschener Vorstadt).

Donnerstag, den 26. Oktober, Abends 8 Uhr: Bezirksführer-Zusammenkunft im Distriktlokale.

Distrikt II (Nikolai-Vorstadt).

Bezirk 15. Freitag, den 27. Oktober, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft im bekannten Lokale Bezirksführerwahl.

Bezirk 17. Mittwoch, den 25. Oktober, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Zahlabend.

Bezirk 17a. Donnerstag, den 26. Oktober, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Zahlabend. Teilung des Bezirks. Wahl eines Bezirksführers.

Bezirk 18. Dienstag, den 24. Oktober cr., Abends 8 Uhr Zahlabend und Teilung des Bezirks.

Bezirk 23 (umfassend Tschepinerstraße ganz), Sonnabend, den 28. Oktober, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Zahlabend. Teilung des Bezirks und Wahl von Bezirksführern. Das Lokal wird noch bekannt gegeben.

Distrikt X (Höpeltwitz-Neukirch-Tissa).

Bezirke 29 und 30. Alle Parteigenossen werden ersucht, Dienstag, den 24. Oktober, Abends 8 Uhr im Lokal G. wegen Bezirksverkleinerung vollzählig zu erscheinen.

Neisse. **Sozialdemokratischer Verein.** Donnerstag, den 26. d. Mts., Abends: Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung. Zahlreiches Erscheinen erforderlich.

Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik: „Breslauer Nachrichten" und die Inserate: **Franz Rühs**; — für die Rubrik: „Aus Schlesien und Posen": **Robert Albert**; für den gesamten übrigen Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der „Neuen Welt": **Paul Löbe**. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 5/6. Verlag von **Oskar Schütz**; — Druck von **Th. Schatzky** G. m. b. H. — sämtlich in Breslau. — Ausgabeort: Breslau.

Hierzu 1 Beilage.

Stadt-Theater.
Dienstag:
Anfang 7 Uhr:
„Genoveva."
Mittwoch:
Gastspiel
Pasquale Amato:
„Cavalleria rusticana."
„Bajazzi."
Donnerstag:
Gastspiel
Eva von der Osten:
„Mignon."

Lobe-Theater.
Dienstag:
„Der lustige Krieg."
Mittwoch:
Die Brüder v. St. Bernhard.
Donnerstag:
„Der lustige Krieg."

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.
Freitag:
Gruppe D. 1. Vorstellung:
„Ein unbeschriebenes Blatt."
Sonnabend:
Humboldt-Verein.
4. Abonnements-Vorstellung:
„Die Siebzehnjährigen."

Liebich's Etablissement.
Telephon 1646.
Neu! Neu! Neu!
Traumtänzerin Madeleine
außerdem das brillante ungekürzte Oktober-Programm.
Carl Reinsch
Eduard Kornau
Smeralda & Senitza
Bacchus Jacoby
etc. etc. etc.
Anfang 7½ Uhr.

Victoria-Theater
(Simmenauer Garten).
Oprea Olympia
7 Leopolds
Lotte Mende
Milly Capell
und die übrigen hervorragend. Spezialitäten.
Sonntags wochentags gültig.
Anfang präzise 7½ Uhr.

Damen-Filzhüte billigst direkt in der Fabrik Filzhut-
Neue Graupenstr. 11, Hof
Freund & Krebs
Filzhüte werd. modernisiert.

Alle
Volkswachtleser
erhalten von jetzt Vorzugspreise
Anzüge 9½ Mk. 12853
Nach Maß, elegant, 17 Mk.
Joppen 4¼ Mk., Hosen 2½ Mk.
Anzugfabrik Wallstrasse 17, I.

Achtung!
Zu Spottpreisen verkaufe ich das fertige Lager aus wegen Lokal-Veränderung.
Joppen, Anzüge, 2871
prachtvolle Winter-Paletots
Kinder-Anzüge u. -Joppen.
Jeder komme und kaufe
Ohlauerstr. 64
Paul Brinnitzer.

Singer Nähmaschinen!

ORIGINAL SINGER NÄHMASCHINEN
sind nur in unseren eigenen Geschäftsstellen zu haben.

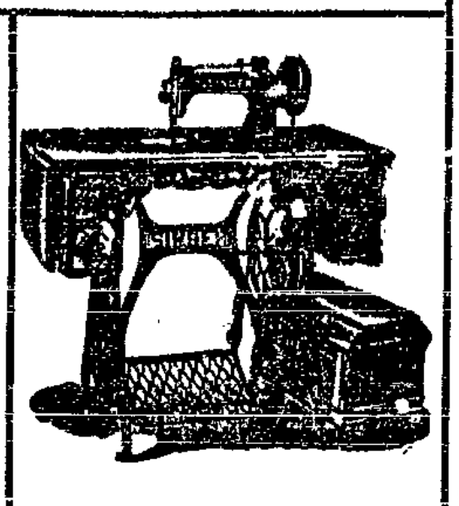
Hierdurch zeigen wir ergebenst an, dass unsere sämtlichen Geschäftsräume von **Ring 2** nach

Albrechts-Strasse 30
gegenüber der Hauptpost
verlegt worden sind. 2849

Unsere Verkaufslokale befinden sich:

Vom Ring 2 verlegt.
Schweidnitzer-Strasse 43 b
Friedrich-Wilhelm-Strasse 61
Moltke-Strasse 2
Sadowa-Strasse 1 und
Albrechts-Strasse 30.
Von Ring 2 verlegt.

Reparaturen werden in unseren sämtlichen Geschäftsstellen angenommen und prompt ausgeführt.



St. Louis 1904:
7 Grand Prix
7 Goldene Medaillen.

Singer Co., Nähmaschinen Act.-Ges., Breslau.

Freie Religions-Gemeinde!
Gemeindeversammlung in der Halle, Grünstr. 14/16, Mittwoch, 25. d. M., abends 8½ Uhr. Tagesordnung: 1. Vortrag über Feuerbestattung von Herrn Auerbach. 2. Abrechnung per III. Quartal 1905. 3. Verschiedenes. Gäste sind willkommen. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand. 2957

Konsumverein für Bunzlau und Umgegend
Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
Montag, d. 30. Oktober, abends 6 Uhr in der „Hoffnung":
Ordentliche General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes.
2. Mitteilungen.
Der Aufsichtsrat:
Max Neumann,
2955 Vorsitzender.

Parteisekretär für Breslau gesucht.
Mit den örtlichen Verhältnissen vertraute Genossen, welche auf diesen Posten reflektieren, wollen ihre Bewerbung bis
1. November
an Genossen O. Schütz, Neue Graupenstraße 5/6, mit dem Vermerk „Parteisekretär" versehen, einreichen. Das Anfangsgehalt ist auf 2000 Mark festgesetzt. 2959

Vor Erkältung gegen schützt man sich am besten durch regelmäßige Beobachtung eines geprüften Fensterthermometers.
Beste Instrumente empfiehlt:
Optische Industrie
„Heidrich"
Stadttheater gegenüber.

Am 21. d. Mts., abends 9 Uhr, verschied nach langen Leiden, an der Proletarier-Krankheit, unser langjähriges Mitglied und Kollege, der **Maler**
Otto Müller
im 50. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Vereinigung der Maler, Lackierer u. Anstreicher
Filiale Breslau. 2956
Beerdigung Mittwoch, den 25. Oktober vom Trauerhause Schulgasse 21 nach Oswitz.

Am 22. d. Mts., abends 11 Uhr, verschied sanft nach 8tägiger Krankheit plötzlich an Krämpfen unser einziges, heissgeliebtes Töchterchen
Adelheid Irene
im zarten Alter von 5 Monaten.
Dies zeigen tiefbetrübt an die schwergeprüften Eltern
Leicht sei ihr die Erde! 2958
Robert Pätzold nebst Frau **Anna**, geb. **Schmolke**.
Beerdigung Mittwoch, den 25. d. Mts., vormittags 9½ Uhr, vom Trauerhaus Anderssenstr. 30 nach Cosel.

Drittes Haus vom Blücherplatz.
Allerfeinste Tafelbutter
der vereinigten Molkereien
Konstadt, Kreuzburg, Heurode, Jerka, Zachasberg, Kirchdorf,
täglich frischer Eingang.
Jetzt das Pfund 1.25 Mk.
Molkerei-Niederlage
Nr. 8, nur Ring Nr. 8
Kurfürstenseite. 2927
Drittes Haus vom Blücherplatz.

Hienfong-Essenz
extra stark, versendet an Wiederverkäufer 1 Dutzend 2.50 Mk., 1 Postpaket enthält 30 Flaschen zu 6.25 Mk. 2686
Laboratorium P. Seifert
Dittersbach No. 79
bei Waldenburg (Schlesien).

Sozialdemokratisches
Liederbuch
von Max Kegel.
Preis 40 Pfg.

Triumph!
Ausserordentlich preiswerter
dicker, warmer Winter-Joppen-Anzug
mit kurzer Hose, warmem Wollfutter und Mufftaschen, in praktischen Farben für 8 bis 14jährige Knaben durchweg nur
Netto Mk. 9.50. 2923
S. Guttentag
Altbüsserstr. 5, I. u. II.
Ecke Ohlauerstrasse.

Straußen-, Phantasie-Boas und Stolas,
sowie Pelz-Boas in weiß, schwarz u. coul., Kinder-Garnit. v. 1.80 an, in grosser Auswahl, Feder-Marabus und Plüsch-Besätze in allen Farben, per Meter von 25 Pf. an nur bei
Friedmanns Spezial-Geschäft für Damenschneiderei-Artikel, 2881
Neuschestrasse 60/61, vis-à-vis Büttnerstraße.

Original-Phönix-Nähmaschinen 2536
für Gewerbe u. Hausbedarf sind die besten der Gegenwart, zum Kunststicken besonders geeignet. — Außerdem empfehlen wir alle anderen Systeme, auch in Spezialmaschinen.
Auswärts franko Bahnstation.
Jul. Dressler & Co.
Breslau, Ring 6.
Größte Reparatur-Werkstatt für alle Systeme.

Beilage zu Nr. 249 der „Volkswacht“.

Mittwoch, den 25. Oktober 1905.

Wer zerstört das Familienleben?

Eine der am meisten gehörten Beschuldigungen, die uns von unsern Gegnern gemacht werden, ist die, die Sozialdemokratie zerstört das Familienleben. Den Beweis dafür haben sie freilich noch nicht erbracht. Daß das zerstörte Familienleben auf das Konto der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu setzen ist, wollen sie nicht zugeben. Wenn die Frau gezwungen ist, weil der Mann nicht genug verdient, um die Familie zu ernähren, ebenfalls von früh bis spät der Lohnarbeit nachzugehen, wenn dadurch ihre Hauswirtschaft leidet und die Kinder sich selbst überlassen sind, wie soll da das Familienleben gedeihen. Eine Illustration dazu, wie gerade die Fabrikarbeit der Frau das Familienleben schädigt, sind die vor kurzem gemachten Auslassungen des oldenburgischen Gewerbeaufsichtsbeamten über die Mittagspausen der Arbeiterinnen:

„Es ist in den Arbeiterfamilien, in denen die Frau mit auf die Arbeit geht, zur Gewohnheit geworden, die gekochten Speisen Abends zu bereiten und am folgenden Mittag aufgewärmt zu genießen. Auch mit anderthalbstündigen Mittagspausen wäre nicht gedient, da diese nicht ausreichend sind, Speisen zu kochen. Natürlich wird nur allzuoft auf die Herrichtung gekochter Speisen verzichtet, man begnügt sich auch Mittags mit etwas Zukost (Wurst oder Käse) zum Schwarzbrot. Hier werden gerade die ärmsten Arbeiter am härtesten durch die Fleischteuerung betroffen. Wer bereitet den Kindern das Mittagsmahl? Niemand, sie finden, wenn sie aus der Schule kommen, den ihnen zugemessenen Teil der kalten Speisen zu Hause und werden ihn wahrscheinlich auch kalt verzehren. In einer Arbeiterwohnung fand der Gewerbeinspektor ein achtjähriges Mädchen mit einem jüngeren Knaben allein. Es erzählte auf Befragen, daß seine Eltern in der Fabrik seien; die Kinder bekämen gewärmte Suppe, wenn der „große Bruder“ nach Hause komme. Der „große Bruder“, der die Suppe kochen mußte, war aber selbst erst elf Jahre alt.“

Wer ist denn an diesem „Familienleben“ schuld? Ein anderes Bild: Da kommen frühmorgens drei Kinder ein Junge und ein Mädchen, die zur Schule gehen, sie führen ein viel kleineres Schwesterchen, das sie der Großmutter bringen wollen, die die Kleine versorgen muß, bis die etwas größeren Geschwister wieder aus der Schule kommen. Die Mutter nimmt an der Haustür Abschied von den drei kleinen Menschen, glättet hier eine Falte am Kleide des Mädchens, streicht dort dem Jungen nochmals über die Jacke, und der ganz Kleinen, die aus dem Schlafe gerissen werden mußte, über das Blondhaar und gibt dem Kleeblatt noch einige gute Lehren mit auf den Weg. Sie selbst, das Früstück und die Blechkanne in der Hand, geht schnellen Schrittes der Fabrik zu. Sie muß den ganzen Vormittag schaffen, am Mittag sieht sie dann die Kinder wieder, am Nachmittag dasselbe Spiel. Ist das Familienleben? Ein weiteres Bild: Eine ganz junge Mutter, ein ganz Kleines im Steckkissen an die Brust gedrückt, ein Knirps von drei Jahren trippelt daneben her, so geht es eiligen Schrittes, um die Kinder abzugeben an irgend einer Stelle, sie selbst muß zur Arbeit. Ist das ein Familienleben? Ein derartiges Familienleben zu zerstören, das haben wir uns allerdings vorgenommen.

Die Revolution in Rußland.

Die Eisenbahnerstreiks

dehnen sich über das ganze innere Rußland aus und legen Handel und Verkehr lahm. Der Streik hat enorme Dimensionen angenommen. **Von 13 Bahnen sind heute schon 11 stillgelegt.** Eingetroffene Passagiere schildern die Moskauer Verhältnisse in den trübsten Farben. Die Bahnhöfe sind überfüllt, die Reisenden harren schon drei Tage ihrer Weiterbeförderung und sind unterdessen gezwungen, in den Wartesälen wie in den Nebenräumen Tag und Nacht zu kampieren. Auf einigen Bahnhöfen ist auch die elektrische Beleuchtung gestört; es brennen dort nur dürftige Kerzen. Die Geschäftswelt erleidet durch diese Verkehrsstockung bedeutende Verluste. Die Preise der Lebensmittel in Moskau steigen fortgesetzt, da keine Zufuhren erfolgen. Auch die Briefträger haben sich dem Streik angeschlossen. Die Eisenbahnbeamten verlangen den Achtstundentag, ferner Straflosigkeit der Streikenden, Aufhebung des Belagerungszustandes wie des verstärkten Schutzes, Amnestie, politische Freiheit, Abschaffung der Todesstrafe, allgemeines Wahlrecht usw.

In einer Versammlung der Bahnarbeiter Moskaus wurde beschlossen, den Ausstand fortzusetzen, bis alle Forderungen erfüllt seien. Die verhafteten Mitglieder des Eisenbahnverbandes sind wieder freigegeben worden. Es trafen hier Mannschaften des Eisenbahnbataillons zur Ausübung des Lokomotivdienstes auf der Bahnlinie Moskau—Kasan ein. Der Verkehrsminister Fürst Chilkow versuchte gestern zwei Stunden lang die Maschinisten zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen, aber nur einer ließ sich überreden und fuhr mit dem Minister auf der Maschine eines nach Riäsan abgehenden Zuges.

Auf der Eisenbahnstrecke Moskau—Windau ist der Betrieb eingestellt worden. Die Eisenbahnverbindung Moskaus mit den anderen Städten des Reiches ist vollkommen unterbrochen.

Aus Charkow, 23. Oktober, wird geschrieben: Seit heute Morgen ist auf den hiesigen Bahnen der allgemeine Ausstand ausgebrochen, auch in den Eisenbahnbureaus ist die Arbeit eingestellt.

Die Ohnmacht der Regierung

tritt auch in ihrem Verhalten zum Kongreß der Rechtsanwälte stark hervor. Die „Schles. Ztg.“ behauptet in einem Briefe aus Moskau die Situation wie folgt:

Wie Ahasver irrt seit ein paar Tagen der „Kongreß der russischen Rechtsanwälte“ in den Moskauer Straßen herum. Herr Bulygin hatte nämlich wissen lassen, er erkenne den Kongreß nicht an und dulde auch keine Privatversammlungen der Anwälte. Als nun diese im Gebäude des Konseils der russischen Advokaten ihre Beratungen eröffneten, erschien die Polizei und schickte die Verteidiger des Rechts auseinander. Sie versammelten sich dann in der Wohnung des bekannten Juristen Urkewalski zum Gastmahl, aber die Polizei duldete sie auch dort nicht. Heute waren sie in den schönen Räumen der Frau Morosow, der Witwe des verstorbenen Millionärs Samwa Morosow, gesellschaftlich beisammen. Bald erschien im Vestibül des Palais ein Polizeibeamter und wünschte Frau Morosow zu sprechen. Die Dame ließ ihm hinausagen, sie teile seinen Wunsch nicht und lehne ihn ab. Schließlich begab sich einer der Advokaten aus dem Salon zu dem Beamten, und dieser brachte nun glücklich das Verbot an, der „Kongreß“ solle auseinandergehen. Das Auge des Gesetzes wacht scharf, aber man fürchtet, daß die Juristen in jedem der ihnen gewährten Räume doch Zeit genug zur Beratung ihrer Tagesordnung behalten. So wird die Polizei doch nicht fertig mit ihnen.

Eine Woche revolutionärer Tat.

Aus Petersburg wird russenfreundlichen Blättern geschrieben: „Ein paar Tage haben wir infolge des Setzerstreiks gar keine oder nur solche Telegramme gelesen, die der „Regierungsbote“ bringen darf. Er druckt aber gewöhnlich nicht einmal jene inneren Nachrichten der offiziösen Telegraphenagentur ab, die irgendwie auffallen könnten, wenn man sie zufällig in Peterhof liest. Deshalb wußten wir drei Tage lang nichts von Streiks, Unordnungen und Attentaten in der Provinz. Heute nun, wo die Zeitungen wieder erschienen sind, überblicken wir die telegraphisch gemeldete Liste der traurigen Vorfälle, die inzwischen registriert worden sind. Wir geben nur einen kleinen Auszug:

Aus Libau: Bei der Eisenbahnstation Walnoden Zerstörung des staatlichen Schnapsladens und Vernichtung aller Gerichtspapiere in der benachbarten Gemeindeverwaltung.

Aus Tiflis: Der Gendarmerie-Wachtmeister Andrejew von Mörderhand schwer verwundet und seine Frau, die dazwischen kam, getötet.

Aus Reval: Ein Arbeiterhaufe erscheint Abends vor der Baltischen Manufaktur und bombardiert die Gebäude mit Pflastersteinen; das Gebäude wird schwer beschädigt, u. a. tausend Fenster eingeschlagen.

Aus Jekaterinoslaw: Der Direktor der Maschinenfabrik Max Hoffmann durch eine Bombe getötet.

Aus Riga: Der Direktor der Waggonfabrik durch vier Revolverschüsse schwer verwundet.

Aus Bjelostok: Ein Bombenwurf, der glücklicherweise keinen Schaden anrichtete.

Aus Jelissowetpol: Der Steuerinspektor schwer verwundet.

Aus Rowno: Ein Schutzmann überfallen und schwer verwundet.

Aus Sludscha: Im Landschaftsamt dringt die Polizei ein und attackiert den dort legal versammelten Kongreß zur Beratung über die Frauenrechte.

In St. Petersburg und Moskau: Zusammenstöße zwischen Militär und Publikum.

Die kleineren Nachrichten über Streiks und Attentate ohne schwere Folgen übergehen wir. Der offiziöse Telegraph verschweigt, soviel er kann, und über die agrarpolitische Bewegung bringt er neuerdings überhaupt keine Mitteilung mehr.

Versammlungslokale.

Seit einigen Monaten veranstalten die russischen Großstadtproletarier ihre Versammlungen in den großen Räumlichkeiten der Universitäten, die sie sich mit Gewalt öffnen, wenn sie nicht freiwillig gewährt werden. Da aber die Studenten mit den Arbeitern offen sympatisieren, verlaufen die Meetings durchaus ohne gewalttätige Zwischenfälle. Die Regierung ist in einiger Verlegenheit, wie sie dem immer stärker werdenden Verlangen nach Vereins- und Versammlungsrechten entgegentreten soll und erst am Sonnabend hat sich der Ministerrat mit dieser brennenden Frage beschäftigt. Er hat nach den vorliegenden Berichten geradezu aufsehenerregende Beschlüsse gefaßt. Bürgerliche Blätter melden:

Die außerordentliche Ministerkonferenz unter Witte's Vorsitz hat über die allgemeine und die akademische Meetingfrage eine an sich ganz verständige und sehr liberale Entscheidung getroffen:

1. Meetings hindern wollen, wäre widersinnig und würde die Lage nur verschärfen; daher solle die Regierung sofort Versammlungsfreiheit gewähren und für die allgemeinen Meetings auch entsprechende Räumlichkeiten hergeben, z. B. die große Manege, und zwar mit dem Verzicht darauf, einen Polizei- oder Regierungsvertreter in amtlicher Eigenschaft zu den Meetings zu entsenden!

2. Dagegen sind die Säle und Auditorien der Hochschulen nicht der Ort für Volksmeetings, weshalb die autonomen Verwaltungen solcher Lehranstalten von der Regierung ersucht werden sollen, derartige Versammlungen in den Anstaltsräumen zu verhindern; wenn hernach die Abhaltung der Meetings erzwungen wird, so sollen die Anstalten zeitweilig geschlossen werden.

Der Kaiser wird die obige Entscheidung jedenfalls billigen, und man muß nun abwarten, wie viel Zeit die Herren Bulygin und Trepow brauchen, um dem Publikum das bürgerliche Versammlungsrecht zu gewähren, ja sogar Versammlungsräume von Staatswegen anzuweisen. Wenn nicht einmal Polizei bei diesen Meetings mitwirken darf, so mag es dem Polizeiminister Trepow schwer fallen, sich in die neue Lage zu finden, obschon er, wie wir hören, auf der außerordentlichen Ministerkonferenz die Gesichtspunkte des Grafen Witte durchaus billigte. Woraus mit Sicherheit zu schließen, daß alle Welt an den Witteschen Stern glaubt und sich nach dem Glauben eingerichtet. Doch kann bis zur Gewährung der bürgerlichen

Aus aller Welt.

Ein militärisches Kulturbild. Ein Urteil, das allgemeines Kopfschütteln erregen dürfte, fällte das Oberkriegsgericht in Dresden. Der Vizefeldwebel Geisler von der 2. Kompagnie des 3. Infanterie-Regiments Nr. 102 in Zittau hatte am 11. August während des Schießens die Aufsicht geführt. Als der erste Schütze schlecht schoß, ordnete er an, daß nach dem Schießen hundertmaliges Gewehrstrecken stattfinden solle, von dem nur diejenigen Leute befreit sein sollten, die keinen Fehler schossen. Infolgedessen mußten sich nach dem Schießen 12 bis 14 Mann der genannten Prozedur unterziehen. Am folgenden Tage brachte der Soldat Susaleck zur Anzeige, daß er sich durch das vom Feldwebel angeordnete Gewehrstrecken einen Leistenbruch zugezogen habe. Tatsächlich konstatierte der Arzt einen solchen, bezeichnete diesen aber nicht als eine Folge des Gewehrstreckens, sondern führte ihn auf eine zirka 11 Tage vorangegangene Turnübung zurück. Es wurde auch als festgestellt erachtet, daß das Gewehrstrecken nicht übermäßig anstrengend gewesen sei, weil die meisten (!) Zeugen erklärten, es habe sich in dem Rahmen der sonstigen zur Schießausbildung der Leute erforderlichen Körperübungen gehalten. (Einige der Zeugen waren allerdings einer anderen Meinung.) Hätten die Leute nicht bis hundertmal ausgehalten, hätten sie auch früher aufhören dürfen, wie dies auch vereinzelt geschehen sei. Deshalb ist nicht Anklage wegen Mißhandlung oder vorschriftswidriger Behandlung, sondern nur wegen unbefugter Anmaßung einer Befehlsgewalt erhoben worden! Das Kriegsgericht erkannte der Anklage gemäß auf eine Woche gelinden Arrests (!) und bemerkte zur Begründung, eine Mißhandlung der sämtlichen Leute käme nicht in Frage, weil die Uebung sich innerhalb der zulässigen Grenzen gehalten habe. Ein Gewehrstrecken bis zur Erschöpfung könne nicht immer als Mißhandlung angesehen werden, da solche Uebungen auch notwendig seien, um die Kräfte der einzelnen Leute zu stählen. Sollte bei Susaleck infolge des Gewehrstreckens eine Verschlimmerung des Leidens eingetreten sein, so träfe hierfür den Angeklagten keine Schuld, da er von dem Gebrechen des Mannes keine Kenntnis gehabt habe. Die Straftat des Angeklagten bestehe überhaupt nicht darin, daß er sich etwa gegen Untergebene verging, sondern gegen Vorgesetzte, indem er sich eine Befehlsbefugnis anmaßte, die nur dem Kompagniechef zusteht. Der Feldwebel legte hiergegen Berufung ein, indem er erklärte, er glaube nach den Schießvorschriften seine Dienstbefugnisse nicht überschritten zu haben, weil ihm der ganze Schießbetrieb unterstanden hätte, er die Leute mit dem Gewehrstrecken auch keineswegs strafen, sondern nur habe kräftigen wollen. Das Oberkriegsgericht schenkte ihm Glauben und erkannte auf Freisprechung mit dem Hinzufügen, der Angeklagte habe sich im Irrtume über seine Befehlsgewalt befunden und somit fahrlässig gehandelt, das sei aber im vorliegenden Falle nicht strafbar. Nach Artikel 7 der Schießvorschriften seien Ziel- und Anschlagsübungen während des Schießdienstes untersagt. Gewehrstrecken sei aber nur eine Nebenübung zu den Zielübungen und deshalb sei es fraglich, ob auch dieses als unzulässig zu gelten habe!

Zwanzig Jahre unschuldig im Zuchthause. In den letzten Jahren hat die italienische Justiz viel von sich reden gemacht. Auf der einen Seite die Sensationsprozesse, die die Schwerfälligkeit und Unzuverlässigkeit des Strafverhandlungsverfahrens zur Genüge bewiesen, und denen die dringenden Rufe nach Reformen folgten, auf der anderen Seite eine erkleckliche Anzahl von Justizirrtümern, die nach italienischem Rechte nicht durch Neuaufnahme des Prozesses, sondern nur durch königlichen Gnadenakt verbessert werden konnten. Besonders interessant ist ein Fall, von dem das Giornale di Sicilia erzählt. Am 26. März 1885 wurde in dem sizilianischen Dörfchen Montemaggiore der Feldhüter Rosolino ermordet. In der Nähe des Platzes, auf dem das Verbrechen geschah, befanden sich drei Landleute, die von den Karabinieri nach dem Bekanntwerden der Mordtat in ihre Kaserne geschleppt und dort drei Tage festgehalten wurden, um sie zu einer Aussage zu bewegen. Als sie trotz alledem behaupteten, niemand gesehen zu haben, wurden die unglücklichen Zeugen mitten in der Nacht in eine Höhle geführt, mit Stockschlägen mißhandelt und zur Aussage gezwungen, daß sie in den Mördern die Bauern Guiseppe Pace und Antonio Panzarella erkannt hätten. Daraufhin wurden diese beiden verhaftet, und vor dem Schwurgerichtshof von Termini fand die Verhandlung statt, die mit ihrer Verurteilung zu dreißigjähriger Zuchthausstrafe endete, obgleich die Zeugen ihre frühere Aussage nicht aufrecht erhielten, sondern sich aus der Klemme zu ziehen suchten, indem sie angaben, daß die Mörder nur durch ihre Gestalt an die Angeklagten erinnert hätten. Sie mußten diese Aenderung ihrer Aussage dadurch büßen, daß sie selbst wegen Irreführung der Behörden in Anklagezustand versetzt und zu mehrjährigen Kerkerstrafen verurteilt wurden, da sich der oben erzählte Sachverhalt als richtig herausstellte. Die beiden Unschuldigen aber, die nur auf die erpreßte Aussage der drei Zeugen hin schuldig gesprochen worden waren, blieben nach wie vor im Zuchthaus. Ihre Verwandten wußten aber die öffentliche Meinung für sie zu gewinnen, und der Gerichtshof von Termini war schon seit zehn Jahren in dem Besitz von Dokumenten, welche die vollkommene Schuldlosigkeit der Pace und Panzarella nachwiesen und auf die Spur der wirklichen Täter untrüglich zeigten. Aber von der Saumseligkeit des italienischen Gerichtsverfahrens durfte man kein allzu schnelles Tempo erwarten, und so entschloß sich die General-Prokuratur erst am 23. September 1904, die königliche Gnade (!) für die beiden Unschuldigen zu verlangen, die auch sofort gewährt wurde. Man sollte meinen, daß die Unglücklichen nach wenigen Tagen ihre Freiheit endlich wieder erhalten hätten. Dem ist aber nicht so. Von Pace weiß man nur, daß er im Bagno von Pianoso noch immer schmachtet, während Panzarella „bereits“ am 5. Oktober 1905, gefesselt wie ein Verbrecher und von zwei Karabinieri eskortiert, in Palermo angelangt ist. An der Landungsbrücke erwarteten ihn sein Bruder sein 20jähriger Sohn Antonio und viele Freunde und Verwandte. Die ergreifende Szene des Wiedersehens rührte alle Anwesenden zu Tränen. Die Präfektur verfügte, daß Panzarella von seinen Fesseln befreit werde, und so konnte er den Heimweg nach Montemaggiore antreten, wo seine Gattin und eine fünfundzwanzigjährige Tochter seiner harren.

Selbstmordversuch eines Rekruten. Am letzten Freitag stürzte sich, wie aus Halle a. S. gemeldet wird, ein Rekrut des 36. Regiments aus dem Fenster des oberen Stockes der Kaserne. Er wurde schwer verletzt. Eine Untersuchung über die Gründe des Selbstmordversuches ist im Gange.

Was aber wird dabei herauskommen?

Das Eisenbahnunglück bei Tilsit hat noch ein zweites Opfer gefordert. Der Heizer Schadler aus Tilsit, der im Augenblicke der Katastrophe auf der Lokomotive des Königsberger Zuges tätig war, ist den hierbei erlittenen Verletzungen im Krankenhause zu Tilsit erlegen, nachdem noch eine Lungenentzündung hinzugetreten war. Das Befinden der übrigen Schwerverletzten ist unverändert; sie liegen noch teilweise in hochgradigem Fieber. Der Zustand des nach Insterburg überführten Heizers Graf ist immer noch kritisch.

Versammlungsfreiheit vieles in den Hochschulen geschehen, aber auch außerhalb derselben sowohl auf dem Newski-Prospekt wie auf dem Schlüsselburger Trakt, denn die Bevölkerung erfährt jetzt, welch ein Zugeständnis man ihr im Grundsatz gemacht hat, und sie wird wenig Geduld haben, auf die Verwirklichung desselben zu warten.

Was aber läßt sich von den zukünftigen polizeifreien Volksmeetings erwarten? Danach zu urteilen, was wir bei den akademischen Meetings erlebt haben, wird es zügellos und ohne Gleichen hergehen und die revolutionäre Führerschaft ohne Zweifel die Massen in die Hand bekommen. Dann muß die politische und sittliche Qualität jener Massen heraustreten. Daß sie sich dem gemäßigten Liberalismus anschließen werden, wäre wohl eine lächerliche Hoffnung. Ihre beglaubigten Vertreter haben ja die soziale Revolution bereits feierlich in den Hochschulen angekündigt.

Was unseren Scharfmacherblättern schwer auf die Nerven fällt, begrüßen wir als das Erwachen einer neuen Zeit und deshalb sehen wir auch den Versammlungen und ihren Beschlüssen hoffnungsfroh entgegen.

Partei-Angelegenheiten.

Der siebente Parteitag der spanischen Sozialdemokratie hat sich mit einer Reihe hochwichtiger Fragen beschäftigt: Militarismus, Religionsfrage und im Anschluß daran: Abschaffung des christlichen Eides vor Gericht, Verwandlung des Partei-Organs „El Socialista" in eine Tageszeitung. Der Parteitag hat ferner beschlossen, in gewissen, bisher von unseren Ideen wenig berührten Teilen Spaniens eine besondere Propaganda ins Leben zu rufen, eine verstärkte Agitation gegen die wucherischen Lebensmittelzölle zu beginnen, die im Kampfe für unsere Ideale dem Kerker überlieferten Genossen mehr als bisher zu unterstützen.

Protestiert wurde gegen die Schandtaten des Zarismus, gegen die von der Regierung der argentinischen Republik in neuester Zeit beliebten Verfolgungen und Schikanierungen des Proletariats und gegen die in Spanien noch immer gestatteten abscheulichen Stierkämpfe.

Letzteres Thema ist im Augenblick besonders aktuell. Wird doch in kurzem der Präsident der französischen Republik dem spanischen König seinen Gegenbesuch abstatten, für den ein ganz außergewöhnliches Vergnügungsprogramm zusammengestellt ist. Alle Kulturfreunde hatten gehofft, daß man nicht die Geschmacklosigkeit haben werde, auch einen Stierkampf aufs Programm zu setzen, zumal ja dieses barbarische Schauspiel in Frankreich verboten worden ist! Man hat sich aber geirrt. Es wird gemunkelt: Herrn Loubet solle sogar das Schauspiel eines Doppel-Stierkampfes vorgeführt werden!

Zum Vorsitzenden des Parteivorstandes und zum Vertreter der spanischen Sozialdemokratie im Internationalen Bureau wurde Pablo Iglesias wiedergewählt, als sein Stellvertreter soll eventuell Francisco Mora fungieren.

Mit feurigen Reden der Genossen Iglesias und Acevedo wurde der Parteitag unter dem Enthusiasmus aller Beteiligten geschlossen.

Die sozialdemokratische Partei in Newyork ist durch eine Entscheidung des obersten Gerichtshofes im Staate Newyork gezwungen worden, ihren Namen zu ändern. Die Demokraten haben in dem bisherigen Parteinamen einen Eingriff in ihre Rechte erblickt und dagegen protestiert. Der Streit um den Namen geht schon eine ganze Weile; die unteren Gerichtsinstanzen hatten zu Gunsten der Sozialdemokraten entschieden. Die Demokraten appellierten und siegten endlich. Die Partei muß den Zusatz „demokratisch" fallen lassen und nennt sich jetzt „Socialist Party". Diese Aenderung ist jetzt, kurz vor der Stadtwahl, sehr unangenehm und verursacht der Partei viele Kosten und Mühen.

Arbeiterbewegung.

Eine Lohnbewegung der Weber in Aachen. Aus Köln wird gemeldet: Der Oberbürgermeister Veltmann von Aachen lud als Vorsitzender des Schiedsgerichtes auf Montag die Vertreter der Textilarbeiter und der Fabrikanten ins Rathaus ein, um über die von den Webern beantragte Einführung eines allgemeinen Lohntarifes und über den Vertrag des Arbeitgeberverbandes zu verhandeln, der in den Fabriken des Aachener Bezirkes das Zweistuhlsystem einzuführen gewillt ist. Der Geheime Regierungs- und Gewerberat Sora wurde von der Abhaltung der Sitzung benachrichtigt und ihm anheimgegeben, dieser beizuwohnen.

Unter den Tabakarbeitern Deutschlands soll in der nächsten Zeit eine energische Agitation gegen die Belastung des Tabaks und der Tabakfabrikate mit neuen Steuern begonnen werden. Geleitet wird diese Bewegung vom Vorstand des Verbandes der Tabakarbeiter. In allen Orten, in denen Tabakarbeiter ansässig sind, sollen Kommissionen gebildet werden, die durch Einberufung öffentlicher Versammlungen und durch andere Mittel gegen eine weitere Belastung des Tabaks einwirken.

Eine Konferenz der Bürsten- und Pinselmacher Deutschlands wird zum 27. und 28. Dezember nach Nürnberg einberufen. Die Vorarbeiten leitet ein Komitee, das in Berlin seinen Sitz hat. Die Konferenz soll über Mittel und Wege beraten, um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Bürsten- und Pinselmacher Deutschlands einheitlich zu regeln und zu verbessern. Jeder Ort, in dem Bürsten- und Pinselmacher arbeiten, ist berechtigt, einen Delegierten zu entsenden.

Der Ausstand der Hafenarbeiter in Bremen ist beendet. Es gelang, einen Tarifvertrag abzuschließen, der bis Mitte des Jahres 1908 Giltigkeit hat. Die Arbeiter haben bessere Löhne zugestanden erhalten.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 24. Oktober 1905.

Der empfindliche Magistrat.

Der Breslauer Magistrat hat wieder einmal den Staatsanwalt angerufen, um seine „Autorität" gegenüber den städtischen Arbeitern zu wahren. Diesmal hat es ihm „Die Gewerkschaft," das Organ des Gemeinde-Arbeiter-Verbandes, angetan. In ihrer Nummer 21 vom 13. Oktober teilt „Die Gewerkschaft" über die Ursache des Vorgehens folgendes mit:

„Unsere Zeitschrift und unsere ganze Bewegung behagt dem Magistrat zu Breslau recht wenig. Der Herr Oberbürgermeister Bender hat dies schon mehrfach höchst eindeutig verkündet. Der Verband der Gemeindearbeiter erscheint den Herren auf dem Breslauer Rathause als eine ziemlich überflüssige Erfindung und nach ihrer Meinung dient er nur dazu, um „bezahlten Hetzern" die Gelegenheit zu bieten, „Unfrieden" zu stiften, die „dienstliche Autorität" und Disziplin zu untergraben und obendrein noch die Beamtenschaft zu infizieren mit dem Geiste der Unbotmäßigkeit. Wir sehen schon die bemoosten Häupter beim Lesen dieser Zeilen eifrig zustimmend nicken. Das ist bekanntlich so die übliche, allerdings irrige Meinung, die man in den Kreisen der „nach Besitz und Bildung Maßgebenden" über die Arbeiterbewegung im allgemeinen hat. Wir können uns deshalb weiter nicht wundern, wenn dieser Fundamentalirrtum auch zu einer total schiefen Beurteilung der Organisationsbestrebungen der deutschen Gemeindearbeiter führt. Ueber die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation brauchen wir uns mit dem Breslauer Magistrat sicher nicht mehr auseinanderzusetzen, nachdem am 22. März 1904 der Staatsminister Dr. Freiherr v. Berlepsch in Breslau seinen bekannten Vortrag über das Koalitionsrecht der Arbeiter gehalten und der Magistrat von Breslau selbst schon unterm 18. April 1902 seine allerdings in letzter Zeit erst bekannt gewordene Verfügung betreffend das Koalitionsrecht erlassen hat. Diese Verfügung gab Anlaß zu einer Erörterung der Fälle von Drangsalierung und Maßregelung städtischer Arbeiter just in Breslau. In dem Artikel „Das Koalitionsrecht der Breslauer städtischen Arbeiter in der Theorie und Praxis" (Nr. 18 der „Gewerkschaft") gaben wir die gedachte Magistratsverfügung wieder. Sie bedeutete für uns die Theorie und ihr gegenüber stellten wir die Praxis (Debusmann-Wasserwerk, Meuser-Hafen usw.) dar. Es verlohnt sich der kleinen Mühe, diesen Artikel noch einmal recht aufmerksam zu lesen, da er das ganz besondere Mißfallen des Breslauer Magistrats erregt hat. Staatsanwalt und Polizei wurden in Bewegung gesetzt und am 3. Oktober mußten wir eine Haussuchung nach dem Manuskript (das, wie meistens so üblich, nicht gefunden werden konnte) mit darauffolgender hochnotpeinlicher Vernehmung über uns ergehen lassen. Der Breslauer Magistrat fühlt sich durch diesen Artikel schwer beleidigt und hat deshalb Strafantrag gegen uns gestellt. Ebenso ist auf seine Veranlassung ein Verfahren gegen uns eingeleitet wegen des Artikels „Der Herr Vizewachtmeister oder wie in Breslau noch städtische Arbeiter behandelt werden". Wir bitten, in Nr. 17 der „Gewerkschaft", Spalte 405, auch diesen Artikel noch einmal nachzulesen. Die Herren Strafantragsteller scheinen auf ihren kurulischen Stühlen etwas nervös geworden zu sein. Anstatt festzustellen, ob die Beschwerden der Arbeiter gegen die Herren Debusmann, Goebel, Meuser usw. berechtigt sind, macht man die Staatsgewalt gegen diejenigen mobil, die die Beschwerden der Oeffentlichkeit unterbreiten.

Sollen wir in unserer Zeitschrift etwa schreiben: Der Breslauer Magistrat denkt liberal und handelt sozial, oder die Gemeindearbeiter sind mit ihren Lohn- und Arbeitsverhältnissen so zufrieden, verdienen Geld wie Heu und freuen sich ihrer gefüllten Kompottschüssel, wenn dies gar nicht wahr ist? Unsere Zeitschrift gehört den Gemeindearbeitern und dient ausschließlich deren Interessen, und deshalb haben sie auch ein Recht, zu erwarten, daß Beschwerden auf ihren Wunsch durch uns zur Sprache gebracht werden. Auf diesem Wege erwarten sie am schnellsten Besserung, und mit Recht, denn unsere Kritik hilft sehr viel. Also wir können keine Weihrauchkübel schwingen, wenn die Arbeiter behaupten, man behandelt uns wie Hunde und bezahlt uns wie Kulis. Dem Breslauer Magistrat erlauben wir uns ganz submissest zu bemerken, daß die Strafanträge gegen uns noch nicht die Mißstände beseitigen. Wenn sie es täten, dann wäre es allerdings ein ebenso einfaches wie für den Stadtsäckel billiges Mittel. Aber der Magistrat fühlt sich nun einmal beleidigt, denn nach seinen amtlichen „Feststellungen" ist alles, was wir in den inkriminierten Artikeln geschrieben haben, nicht wahr. Herr Goebel behandelt die unterstellten Arbeiter wie Gentlemen und befleißigt sich im dienstlichen Verkehr mit Untergebenen stets größter Höflichkeit. Der Breslauer Magistrat steht noch heute „voll und ganz auf dem Boden" seiner Verfügung vom 18. April 1902. Weder Herr Debusmann noch Herr Meuser haben jemals einen Arbeiter wegen seiner Verbandszugehörigkeit gemaßregelt. Es ist unwahr, daß die Beamten auf die Verfügung gepfiffen haben."

„Die Gewerkschaft" stellt im Anschluß an diese Ausführungen eine Reihe der Fälle zusammen, die in letzter Zeit die Ansicht bestärkt haben, daß die Beamten des Magistrats die Verfügung desselben, daß das Koalitionsrecht zu achten sei, nicht befolgt haben. Unseren Lesern sind eine Reihe solcher Fälle bekannt. Auf Beschwerden hat jedes Mal der Dezernent — u. a. Stadtrat Rosenbaum — und schließlich auch der Oberbürgermeister den Beamten Recht gegeben. Wie nicht anders zu erwarten war. Aber der Magistrat soll doch nicht annehmen, daß er mit solchen Maßnahmen und mit dem Strafantrag seinen „guten Ruf" repariert.

Zur Nachahmung empfohlen!

Der deutsche Metallarbeiter-Verband, Zahlstelle Bremerhaven, veröffentlicht in der „Nordd. Volksstimme", unserem Bremerhavener Parteiorgan, das folgende Inserat:

„Da sich in den letzten Lohnkämpfen wiederum gezeigt hat, daß von allen Zeitungen in den Unterweserorten nur die
„Norddeutsche Volksstimme"
die Interessen der Arbeiter entschieden vertritt, fordern wir unsere Mitglieder auf, sofern sie noch nicht Abonnenten sind, unverzüglich die „Volksstimme" zu bestellen. Unsere Kassierer sowohl als unsere Vertrauensleute nehmen Bestellungen entgegen. Desgleichen die Expedition Am Hafen 49.
Die Ortsverwaltung".

Den Gewerkschaften allerorts wäre eine solche Agitation ebenfalls sehr zu empfehlen. Ueberall ist es nur die sozialdemokratische Presse, die bei den Kämpfen der Arbeiterschaft ihr treu zur Seite steht, während die bürgerliche Presse die Unternehmer-Interessen wahrzunehmen berufen ist.

Wasserpolitik in Breslau.

Eine amtliche Inschrift zum Lobe des Wassers haben bekanntlich die Breslauer Stadtväter an dem neuen Wasserturm in Kleinburg angebracht. Sie lautet:

„Wähl' nicht zum Freund Dir Bier und Wein!
Sie schaffen kurze Lust.
Willst Du als Greis noch fröhlich sein,
So komm' an meine Brust!"

Die „Berliner Volksztg." bemerkt dazu spöttisch: Die Verse sind gut gemeint, aber schlecht gedichtet. „So komm' an meine Brust" ist ein verfehltes Bild. Ist der Wasserturm als Sprecher gedacht, so ist das Bild gesucht. Die „Brust" des Turmes ist eine Gewaltsache. Ist das Wasser als Sprecher eingeführt, so ist die Sache noch verfehlter. Das Wasser hat keine Brust. Nebenbei darf bezweifelt werden, daß die Breslauer Stadtväter selbst ihren Durst ausschließlich mit Wasserleitungswasser löschen. Einer der Breslauer Stadträte hat eine große Bierbrauerei. Der wird doch wohl trotz des Kleinburger Wasserturms und seiner Brustverse von seinem eigenen Bier trinken!

* **Ueber das Thema: „Weltuntergang"** hielt vorgestern, Sonntag Abend im „Volksheim" des Humboldt-Vereins, Herr cand. chem. Hermann einen Vortrag. Redner erinnerte an den in der Bibel geschilderten Weltuntergang (Sündflut), sowie an die Auffassung der alten Germanen, die ebenfalls in ihren Sagen davon sprachen. Wenn der Orkan wüte, Pflanzen, Tiere und viele tausende Menschen vernichte, dann dächten manche Menschen an den Weltuntergang. Aus der neuesten Zeit sei es u. a. die ehemals blühende Insel Martinique, die durch ein furchtbares Erdbeben in einen Trümmerhaufen verwandelt wurde. Das Erdbeben auf den Sundainseln im Jahre 1883 habe alle Meere in Mitleidenschaft gezogen. In beiden Fällen seien 40,000 Menschen vernichtet worden. Weitere Katastrophen hätten 1755 in Lissabon und 1882 in Ischia (Italien) stattgefunden. Das nördliche Europa sei indessen erdbebenfrei geblieben. Dagegen sei in Mittelamerika der Boden dauernd im Schwanken begriffen. Wenn irgendwo auf der Erde eine Spaltung eintrete, so fänden anderswo Erdbeben statt. Hervorgerufen würden diese Beben durch Kräfte, die im Innern der Erde wirkten. Ein interessantes Beispiel führt Redner in Bezug auf den Mond an, durch dessen ganze Fläche große Sprünge (sogenanntes Strahlensystem) sichtbar seien. Wenn auf dem Mond, unserem nächsten Nachbarn, solche Ereignisse stattfänden, dann könne es sehr leicht auch auf der Erde geschehen. Man unterscheide für unsere Erde 4 große Eiszeitperioden. Die erste habe vor zirka 1/2 Million Jahren, die letzte vor zirka 20,000 Jahren statt-

24 Mann ertrunken. Das Fischerboot „Gambetta" vom Hafen Fecamp ist während der Heringsfischerei in der Nähe der Doggerbank mit seiner aus 24 Mann bestehenden Besatzung untergegangen.

Sturz eines Radfahrers. Aus Leipzig wird gemeldet: Bei dem Prämienfahren des Radfahrvereins „Habicht" am Sonntag auf dem Sportplatze stürzte der Fahrer Alwin Donner infolge Reifendefekts und zog sich eine Gehirnerschütterung und einen Schädelbruch zu, infolge deren er am Montag früh starb.

Erdbeben in Südeuropa und Nordafrika. Am letzten Sonnabend wurden in Batum gegen 2 Uhr Nachmittags und in Kutais zwischen 2 und 5 Uhr Nachmittags unterirdische Stöße verspürt. In Suchum wurde ein 40 Sekunden dauerndes, wellenförmiges Erdbeben wahrgenommen. — Sonntag früh wurde in Konstantinopel und Umgegend ein ziemlich starkes Erdbeben wahrgenommen, das 5 Sekunden dauerte und die Richtung von Südsüdost nach Nordnordwest hatte.

Aus Mahdia (Tunis) wird telegraphisch gemeldet: Sonntag früh wurde hier und in der Umgegend ein heftiges Erdbeben, das zweite seit 8 Tagen, verspürt. Unter den Einwohnern brach eine große Panik aus, namentlich die sehr zahlreiche italienische Bevölkerung flüchtete entsetzt aus den Häusern und lebt jetzt auf freiem Felde.

Engelmacherin. Eine in Barmbeck bei Hamburg wohnende Hebamme, Inhaberin einer Privatentbindungsanstalt, ist gestern unter dem Verdacht der Engelmacherei verhaftet worden.

Verhafteter Mörder. Der Mörder der Hausbesitzerin Radlinger, der 21jährige [illegible] Ailbacher, ist in seiner Wohnung zu München verhaftet worden. Nach eigenem Geständnis wollte er die Ermordete berauben, wurde jedoch durch Schreien seines Opfers daran verhindert.

Unfall in den Bergen. Aus Bozen wird gemeldet: Der belgische Schriftsteller Pluesse stürzte bei der Besteigung der Rotwandspitze ab und blieb schwer verletzt liegen.

Heil dem Orden! Dem Lehrer Hans Heller, der anläßlich des Selamlik-Attentats am 21. Juli in Konstantinopel verhaftet wurde und mehrere Tage in Untersuchungshaft saß, wie uns aus Nürnberg gemeldet wird, vom Sultan als Entschädigung für den ausgestandenen Schrecken der großherrlich türkische Medschidjeorden verliehen.

5 Jahre Zuchthaus. Der Ueberfall auf den Berliner Universitäts-Professor Geheimrat Dr. v. Martitz, über den wir vor einiger Zeit berichteten, fand jetzt vor dem Schwurgericht in Halberstadt seine Aburteilung. Dr. v. Martitz wurde gelegentlich seines diesjährigen Sommerurlaubes im Harz auf dem Rückwege vom Hexentanzplatze nach Thale von einem Unbekannten angefallen, der ihm einen Faustschlag versetzte und ihm die goldene Uhr nebst Kette entriß. In dem Täter wurde später durch die Polizei in Halle a. S. der 25jährige Schlossergeselle Paul Matthe ermittelt und verhaftet. Matthe hatte sich jetzt vor dem Schwurgericht zu verantworten; ihm wurde neben dem Ueberfalle auf Dr. v. Martitz ein weiterer Raubanfall und ein versuchtes Sittlichkeitsverbrechen gegen ein junges Mädchen zur Last gelegt. Der Angeklagte, der im vollen Umfange geständig war, wurde zu insgesamt fünf Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ehrverlust und zur Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt.

Wie Mark Twain sein erstes Geld verdiente. In seinem unterhaltenden Buche „The Sunny Side of the Street" erzählt M. P. Wilder, daß er einmal Mark Twain, dessen wahrer Name bekanntlich Samuel Clemens ist, gefragt habe, ob er sich erinnere, wann er sein erstes Geld verdient hätte. „Ganz genau erinnere ich mich dessen", erwiderte der berühmte Humorist, „obwohl es schon lange her ist, denn ich war damals ein kleiner Junge. In unserer Schule bestand ein strenges Verbot gegen das Bearbeiten der Pulte mit dem Federmesser, und die Strafe war entweder fünf Dollars Entschädigung oder, wenn das nicht herbeigeschafft wurde, eine öffentliche Durchprügelung. Eines Tages traf mich das Verhängnis, und ich mußte meinem Vater Beichte ablegen. „Samuel", sagte er vorwurfsvoll, „ich kann den Namen Clemens nicht so schänden lassen, daß ich Dich einer öffentlichen Züchtigung aussetzte, ich werde also die Strafe bezahlen. Aber damit du nichts verlierst, komm' mit mir auf mein Zimmer." Auf dem Zimmer vollzog sich die irdische Gerechtigkeit an einem meiner Körperteile. Aber mein Vater hatte über das Ziel hinausgeschossen. Ich war nun abgehärtet. Als ich die Treppe hinunter ging, die eine Hand auf den schmerzenden Körperteil drückend und in der anderen Hand den Fünfdollar-Schein haltend, überlegte ich die Sachlage. Hatte ich diese körperliche Züchtigung überstanden, so wird auch die andere zu ertragen sein, dachte ich mir, und beschloß, mich für die Prügelstrafe zu stellen und die fünf Dollars zu behalten. Auf diese Weise habe ich mein erstes Geld verdient."

Litteratur.

Plutus. Kritische Wochenschrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen (Herausgeber: Georg Bernhard). Inhalt vom 42. Heft des zweiten Jahrganges: Der lange Möller: Handlungslehrlinge. Von Dr. jur. Eugen Jacobson-Berlin: Revue der Presse; Börsen-Kritik; Die Dernburg; Streikbilanz; Eine österreichische Ueberseebank; Dresdener Häuserkrach; Ein Mangel des Kurszettels; Agrarische Wirtschaftlichkeit; Das Wort Kur; Gedanken über den Geldmarkt; Waren des Welthandels; Chefs und Angestellte; Emissionen; Generalversammlungen. (Abonnement vierteljährlich per Post und Buchhandel 3.50 Mk., Kreuzband 4 Mk. Probehefte gratis in jeder Buchhandlung und vom Verlag, Berlin-Charlottenburg, Goethestraße 69.)

erfunden. Die Bedingungen für eine normale Eiszeit seien gegeben: (Frhr. v. Hellwald und andere Naturforscher behaupten, daß wenn z. B. der Golfstrom, der aus dem mexikanischen Meerbusen fließe und speziell Europa die Wärme spende, seine Richtung ändere, über diese Gegend abermals eine Eiszeit hereinbrechen würde. D. Ber.) Vielleicht nehme die kommende Eiszeit noch größere Dimensionen an. Pflanzen, Tiere und Menschen würden erfrieren. Hermann meint dann, das Strahlensystem auf dem Monde könne auf zweierlei Weise entstanden sein. 1. Von innen heraus durch Platzen des Mondes, 2. durch Kräfte, die von außen auf den Mond gewirkt. Beachtenswert sei auch, wie die Kometen in der Nähe des Mondes an der Erde vorüberfliegen. Der Bila'sche Komet durchkreuze, wie wissenschaftlich festgestellt, alle 6½ Jahre unsere Erde. Die Kometen bildeten eine feste Masse. Am 27. November 1372 habe zwischen der Erde und dem Bila'schen Kometen ein Zusammenspiel stattgefunden, das sich 1885 wiederholte. Es sei aber harmlos verlaufen. In der Natur seien übrigens die kleinen Kometen häufiger. Nachdem Redner dann noch den öfter stattfindenden Steinregen und die Meteoriten, die Ueberläufer aus anderen Weltteilen seien, erwähnt, schildert er einen Vorgang, der vor mehreren Jahrzehnten den Jupiter betraf. Dieser bekam plötzlich einen Fleck. Was war geschehen? Ein Stern (Komet) hatte ein Loch geschlagen. Vor 4½ Jahren geschah im Sternbilde des Perseus etwas ähnliches. Der Saturn sende fortwährend kleine Körperchen aus, sogenannte Elektronen, die glühend leuchtend seien. Aus diesen bildeten sich nach der Erkaltung feste Körper — ein neuer Stern werde geboren! So sehen wir im Weltenraum — ein ewiges Wandeln — ein ununterbrochenes Werden und Vergehen: „Das Alte stürzt, es ändert sich die Zeit und neues Leben blüht aus den Ruinen." So der Vortrag in kurzem Umrissen, den die wißbegierige Zuhörerschaft lebhaft Beifall spendete.

* **Nochmals: Der kollektive Arbeitsvertrag.** Uns wird von dem Werkmeister Karasch aus der Fabrik von Louis Boronow geschrieben:

1. Es ist unwahr, daß ich eine Arbeiterin von Herrn Boronow wieder entlassen wollte, weil sie nicht dem Metallarbeiter-Verbande beigetreten sei.

2. Es ist unwahr, daß ich einer Arbeiterin angeboten habe, die Beiträge für den Metallarbeiter-Verband selbst zu bezahlen.

3. Es ist unwahr, daß ich die Arbeiterinnen versucht habe, aus dem Verband hinaus zu intrigieren.

4. Es ist unwahr, daß ich den Arbeiterinnen den Brief diktiert habe.

Wir müssen es der Leitung des Metallarbeiter-Verbandes überlassen, auf die beiden Berichtigungen zu antworten.

* **Eine öffentliche Schneiderversammlung**, die gestern Abend von den drei vereinigten Organisationen der Gehilfen nach dem Cafee-Restaurant einberufen war, beschäftigte sich mit dem einzuführenden Tarife. Es sind vier Lohnklassen vorgesehen. Müller machte die Erschienenen mit den darin enthaltenen Forderungen vertraut. Es wurde einstimmig beschlossen, für Tagschneider die zehnstündige Arbeitszeit zu fordern, während der Tarifentwurf noch die elfstündige vorsieht. Bezüglich der Löhne wird die endgiltige Beschlußfassung über die Höhe der Forderungen erst in einer weiteren Versammlung erfolgen.

* **Der Breslauer Buchdruckergehilfenverein** beschäftigte sich in seiner am Sonntag im Gewerkschaftshause stattgehabten Mitglieder-Versammlung nach Erledigung einiger Aufnahmegesuche mit den Aufgaben und Pflichten der Vertrauensleute. Sodann kam die vom Vorstand des Vereins der Schriftgießer, Stereotypeure 2c. auf das Schriftgießerlehrlingsgesuch der Firma Wiskott hin veröffentlichte Warnung zur Sprache und wurde bekanntgegeben, daß die Firma damit nicht beabsichtigt haben soll, Schriftgießerlehrlinge zu suchen, sondern nur einen Stereotypeurlehrling annehmen wollte. Debattelos bewilligte die Versammlung die Kosten für eine Handpresse, welche der Verein der Fachklasse für Buchdrucker an der Städtischen Handwerkerschule geschenkweise überwiesen hat.

Zu erwähnen ist noch, daß die Firma H. Hartmann, Neudorfstraße, welche vor kurzem in das Verzeichnis der tariftreuen Buchdruckereien aufgenommen wurde, aus demselben wegen Nichtinnehaltung des Tarifs gestrichen werden mußte.

* **Töpfer-Verband.** Am Sonnabend hielt im Gewerkschaftshause der Verband der Töpfer eine Mitglieder-Versammlung ab, welche sich speziell mit der Fensterfrage beschäftigte. Nach Verlesung des Protokolls der letzten Versammlung gab zunächst der Vorsitzende Kollege Boffog einen Situationsbericht. Aus diesem geht hervor, daß die Fensterfrage in diesem Jahre energischer durchgeführt wird, als es früher der Fall war. Allerdings sind die Beschlüsse, welche von der Kollegenschaft einstimmig angenommen wurden, nicht in der Weise ausgeführt worden, als es hätte sein müssen. Namentlich der Beschluß, daß wenn vor dem 15. Oktober noch ein Stück angefangen wird, es dem Meister vorher gesagt werden muß, daß wenn bis zum 15. Oktober der Bau nicht verglast ist, das angefangene Stück liegen bleibt. Gegen diesen Beschluß ist mehrfach gesündigt worden und es haben sich auch die Folgen gezeigt. Wie mitgeteilt wurde, sind in der Ofenfabrik von August Mann drei Kollegen gemaßregelt worden, weil sie die Arbeit auf unverglastem Baue verweigert haben. Die Unternehmer glauben nun Recht zu haben, wenn sie Ofensetzer, welche auf die Durchführung der tariflichen Bestimmungen dringen dadurch, daß sie die angefangenen Stücke am 15. Oktober liegen lassen, durch Drohung mit der Entlassung zwingen, die angefangenen Ofen fertig zu stellen. Die Gründe, welche von seiten der Unternehmer für ein derartiges Vorgehen vorgebracht werden sind durchaus nicht stichhaltig, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Unternehmer durch ihre Unterschrift bekundet haben, daß von 15. Oktober bis 1. April nur auf verglasten Bauten gearbeitet wird. Es ist dies von einzelnen Unternehmern eine Umgehung des Tarifes und die Breslauer Ofensetzer behalten sich vor, bei gegebener Zeit die Antwort darauf zu erteilen. Es entspann sich hierauf eine lebhafte Debatte über diese Angelegenheit und sämtliche Diskussionsredner verurteilten entschieden das Vorgehen einzelner Unternehmer und erklären, daß man organisierten Kollegen nicht zumuten könne, in solchen Geschäften zu arbeiten, wo die wichtigste Frage für die Ofensetzer derartig geregelt wird, daß man ganz einfach diejenigen Kollegen, welche auf der Durchführung der tariflichen Beschlüsse bestehen, auf das Straßenpflaster wirft.

* **Stadt-Theater.** Heute Dienstag findet eine Wiederholung von Friedrich Hebbels mit großem Beifall aufgenommener Tragödie „Genovefa" statt. Die Vorstellung beginnt um 7 Uhr. Morgen Mittwoch setzt Pasquale Amato sein mit größtem Erfolge begonnenes Gastspiel fort. Zur Aufführung gelangt Mascagnis Oper „Cavalleria rusticana" in Verbindung mit Leoncavallo's Oper „Bajazzi", welche letztere hiermit wieder in den Spielplan aufgenommen wird. Am Donnerstag gastiert Frl. Eva von der Osten als Mignon. Freitag wird die Künstlerin zum ersten Male die Titelpartie in Donizetti's Oper „Die Regimentstochter" darstellen. Für Sonnabend ist Gounod's Oper „Margarete" angesetzt.

* **Lobe-Theater.** Johann Strauß' Operette „Der lustige Krieg", welche auch am Sonntag vor ausverkauftem Hause mit größtem Erfolge gegeben wurde, geht heute Dienstag und am Donnerstag in Szene. Morgen Mittwoch wird Anton Gorns Schauspiel „Die Brüder von St. Bernhard" gegeben. Freitag gelangt Rudolf Dellingers Operette „Don Cesar" zur Wiederholung. Sonnabend, den 28. Oktober, findet die Uraufführung von Karl Hauptmanns dramatischer Dichtung „Die Austreibung" statt.

* **Unter die Räder.** Als der 4 Jahre alte Knabe Alfred Galle, Sohn eines Tschepinerstraße 18 wohnenden Restaurateurs, am 21. d. Mts., Abends, über den Fahrdamm der Louisenstraße lief, geriet er unter einen Bierwagen, dessen linkes Hinterrad ihm über den Kopf rollte. Die Verletzungen waren so schwere, daß der Tod alsbald eintrat.

* **Gasvergiftung.** Letzten Sonnabend Nacht war in der Wohnung des Restaurateurs Gabriel, Werderstraße 37 parterre, vergessen worden, den Haupthahn der Gasleitung zuzudrehen, wodurch eine Gasvergiftung herbeigeführt wurde. Das Dienstmädchen wurde Sonntag Morgen besinnungslos in ihrem Bette aufgefunden. Sofort wurde die nächste Unfallstelle benachrichtigt, und es gelang deren Mannschaften gemeinsam mit Herrn Dr. Neumann, nach großen Bemühungen, das Mädchen wieder zum Bewußtsein zu bringen. Der Zustand des Mädchens ist zwar ernst, doch scheint eine Lebensgefahr ausgeschlossen.

Die bürgerliche Presse schiebt natürlich das Unglück dem armen Dienstmädchen in die Schuhe. Wir glauben, daß das Ergebnis der Untersuchung zunächst abgewartet werden muß.

* **Unfälle.** Am 22. d. M., Nachmittags, wurde eine Armenhausgenossin am Nikolaistadtgraben von einem Straßenbahnwagen erfaßt und eine Strecke geschleift. Sie erlitt Verletzungen am rechten Bein und am Kopf. — Ein 7 Jahre altes Mädchen wurde auf dem Berlinerplatz durch eine Droschke umgefahren und trug eine Verletzung am linken Bein davon.

* **Verhaftet** wurde ein Kutscher, der in einem Tanzlokal einem Schneider den Winterüberzieher gestohlen hatte, ein Dienstmädchen wegen Diebstahls.

* **Zusammenstoß.** Am 21. d. M., Nachmittags, stieß ein Lastwagen auf der Neuen Schweidnitzerstraße mit einem Straßenbahnwagen zusammen. An diesem wurde die Perronwand eingedrückt, während an dem Lastwagen ein Querholz zerbrochen wurde.

* **Vermißt** werden seit dem 21. d. M. der 11 Jahre alte Knabe Paul und der 9 Jahre alte Knabe Leopold Kedzierski, deren Eltern Kleine Scheitnigerstraße 28 wohnen.

* **Gestohlen** wurden einer Dame auf dem Ring ein Portemonnaie mit etwa 12 Mk., aus einer Schlafstube auf der Bohrauerstraße eine Sparbüchse mit 8 Mk., ein goldener Ring mit weißem Stein und ein Siegelring mit drei Steinen, aus einer Dachkammer auf der Schwertstraße mittels Einbruchs eine Nickeluhr, eine silberne Uhr, Nr. 555,855; ein Paar Handschuhe und ein Paar Schnürschuhe, einem Arbeiter von der Kaiser Wilhelmstraße ein Winterüberzieher, ein goldener Ring mit rotem Stein, ein Trauring, gez. L. K. 29. 6. 90, und zwei schwarze Anzüge, in Weide ein Fahrrad „Viktoria" 91,895, aus einem Obstkeller auf dem Ringe Birnen und Aepfel im Werte von 30 Mark und von einem Handwagen ein dunkelgrünes Jackett.

* **Polizeiliche Meldungen.** In das Polizeigefängnis wurden am 21. und 22. d. M. 39 Personen eingeliefert. — Gefunden wurden: ein Plaid, ein Korb mit Kleidungsstücken und eine braune Handtasche. — Abhanden kam eine goldene Halskette.

Aus Schlesien und Posen.

Ein lustiger Lokalkrieg im Riesengebirge.

In Petersdorf bei Schreiberhau war es unseren Genossen vor einigen Wochen gelungen, den schönsten und größten Saal im Orte für eine Volksversammlung zugesagt zu erhalten. Was das heißt, wird erst der recht begreifen, der da weiß, daß es seit 29 Jahren überhaupt nicht möglich war, in einem Gebirgsorte ein Lokal zu erhalten. Was Wunder also, daß sich die gesamten Spießer der Umgebung über diesen „roten Einbruch" aufs höchste entrüsteten; was Wunder also, daß gewisse alte Weiber männlichen Geschlechts den Untergang des ganzen Gebirges voraussahen! Es fehlte denn auch nicht an jenen Geistern, die dem Wirt erschienen und ihm Hölle und Teufel androhten für den Fall, daß er sein Wort halten und uns den Saal hergeben werde. Aber man bemühte sich vergebens. Da legte sich denn der Gendarm ins Mittel, um mit Hilfe seines Respektes den Wirt „klein zu kriegen". Wie uns der Wirt mitteilte, hat er sofort nach der Zusage „die Polizei auf den Hals gekriegt" und das hat ihn dann so sehr in Schrecken versetzt, daß er, um weiteren Scherereien zu entgehen, seine Zusage zurückzog. Kurz vorher hatte er wiederholt sein Wort zur Einwilligung gegeben — ein Beweis, wie weit die Macht gewisser Ortsgewaltiger reicht.

Natürlich ließen unsere Genossen nicht locker. Sie machten dem geängstigten Wirt klar, daß er uns für allen etwaigen Schaden aufzukommen habe. Allein er gehorchte der „höheren" Weisung und blieb „fest". Darüber war seine viel „bessere Hälfte" so empört, daß sie, die Schlüsselgewalt im Hause hat, im Beisein ihres Gatten mit unseren Genossen einen schriftlichen Vertrag abschloß, laut welchem Sonntag, den 22. d. Mts., die Versammlung stattfinden könne.

Damit gab sich der Ehemann schließlich zufrieden. Unsere Genossen trafen die nötigen Vorbereitungen und wenige Tage vor der Versammlung erhielten sie vom Wirt aufs neue eine Karte, daß er sein Lokal nicht hergeben könne. Noch ehe aber die Genossen sich von ihrem Schrecken erholt hatten, erschien die Frau des Wirtes persönlich in Hirschberg, um unseren Genossen mitzuteilen, daß sie dieser Karte fernstünde und daß die Versammlung ruhig stattfinden könne.

So schien also alles wieder in Ordnung. Aber es schien nur so. In Wirklichkeit wurde im geheimen weiter gewühlt und der Wirt eingeschüchtert. Unter anderem — so erzählte in der Versammlung ein Ohrenzeuge — ließ sich der Gendarm zu der Aeußerung hinreißen: „So lange ich hier zu sagen habe, bekommen die Roten kein Lokal!" Er ging alsdann nochmals zur Wirtin des Lokals, um ihr „in aller Freundschaft" die Mitteilung zu machen, daß sie „die übrigen patriotischen 2c. Vereine los sei", wenn die Versammlung stattfände! In Wirklichkeit denken diese Vereine garnicht daran, das Lokal zu boykottieren, zumal sie darauf angewiesen sind. Die Wirtin ließ denn auch den Herrn abblitzen und entgegnete ihm prompt, daß sie längst verhungert wäre, wenn sie ihr Lokal nur den „besseren Kreisen" reserviere. Damit schien das Waffenarsenal der Retter von Petersdorf erschöpft.

Aber da, im letzten Augenblicke, kam den Besorgten keine geringerer als — der Wirt selbst zu Hilfe. Er verließ auf einige Zeit den Ort, sodaß er den Widerspruch seines tapferen Weibes nicht zu fürchten hatte, und schrieb an den Ortsvorsteher einen geharnischten Schreibebrief, worin er — wer lacht da? — um polizeiliche Hilfe gegen seine eigne Ehefrau ersuchte!! Er schrieb in diesem Briefe, daß seine Frau gegen seinen Willen (das ist nicht wahr, denn er war selbst dabei) den Saal vermietet habe; er ersuche die Behörde, dafür zu sorgen, daß die Versammlung nicht stattfinde!

Von diesem letzten verzweifelten Versuch eines Eingeschüchterten erhielten unsere Genossen erst Kenntnis, als bereits über 400 Personen aus Petersdorf, Hirschberg, Hermsdorf, Warmbrunn, Schreiberhau 2c. den Saal füllten, nämlich 5 Minuten vor der Eröffnung der Versammlung. Was tun? Unsere Genossen sagten zunächst dem Beamten auf den Kopf zu, daß sie und andere die Ursache dieses Briefes seien. Des weiteren wiesen unsere Genossen nach, daß der Wirt bei dem Abschluß des Vertrages zugegen war, und schließlich erklärten diese Genossen dem Beamten, daß sie gar kein Recht hätten, auf Grund eines solchen Wisches die Versammlung zu verhindern. Sollten sie es aber trotzdem widerrechtlich versuchen, so erklärten die Genossen, so würden sie nur der Gewalt weichen. Wenn man es also darauf ankommen lassen wolle, so solle man den Versuch nur machen. Aber die Beamten ließen sich über ihre Absicht nicht aus. Da wurde ihnen denn klar gemacht, daß der Wirt, zumal er weit vom Schuß sei, uns nur zivilrechtlich „belangen" [illegible] sammlung auf alle Fälle [illegible] später hatte sie begonnen. (Siehe unten.)

Eröffnet wurde die Versammlung mit der Mitteilung, daß die freiwillige Feuerwehr just zu dieser selben Stunde zu einer urplötzlichen Uebung alarmiert werde, man solle also wegen der „Feuer"-Signale nicht erschrecken. Später wurde von Ohrenzeugen bekannt gegeben, daß sich maßgebende Leute vorher damit gebrüstet hätten, daß die „Anberaumung" dieser Uebung ihr „Werk" sei. Und es wurde ferner mitgeteilt, daß dieselben Leute gesagt hätten: „Wenn die Versammlung am 15. d. Mts. stattgefunden hätte (so war anfangs geplant), so würde eben auch die Uebung am 15. stattgefunden haben!" Na, auch dieser Schlag ging daneben: Eine große Anzahl Feuerwehrleute zog die Versammlung der demonstrativen „Uebung" vor und so kam es, daß diese geradezu glänzend besucht war und würdig und imposant verlief — trotz und wegen aller Nadelstiche!

Der rote Einbruch in die Gebirgsdörfer ist perfekt. Wenn in sechs Wochen der Wirt nicht mehr Einfluß auf seine Frau erringt, wie bisher, so findet in demselben Saale bereits — wie allgemein gewünscht wurde — die zweite „Uebung" der freiwilligen roten Aufklärungskolonnen statt!

Der Lissaer Brüsewitz vor dem Kriegsgericht.

rs. Posen, 23. Oktober.

Vor dem Kriegsgericht der 10. Division hatte sich heute der **Leutnant von Leckow** vom 56. Feldartillerie-Regiment aus Lissa in Posen wegen **fahrlässiger Körperverletzung und Widerstands gegen die Staatsgewalt** zu verantworten. Es handelte sich um die bekannte Lissaer Affaire. Den Angeklagten, der vor einiger Zeit aus der Untersuchungshaft entlassen worden ist (was man bisher der Presse zu verheimlichen gewußt hat), verteidigte Justizrat Ullmann. Leutnant von Leckow, der in Galauniform erschienen ist, nahm vor der Anklagebank auf einem Stuhle Platz. Gleich zu Beginn der Verhandlung stellte der Anklagevertreter den Antrag, während der ganzen Dauer der Verhandlung mit Rücksicht auf die „Gefährdung der militärischen Interessen" die Oeffentlichkeit auszuschließen. Dem Antrage wurde nach längerer Verhandlung tatsächlich stattgegeben!

Eine beißende Satyre auf den Militarismus: Weil ein besoffener „Erstklassiger" einen Menschen hinterrücks über den Haufen geschossen, muß die Oeffentlichkeit ausgeschlossen werden wegen „Gefährdung der militärischen Interessen!!!"

An einem Septemberabend kehrte Leutnant von L.

in angetrunkenem Zustande

nach einem Manöver-Liebesmahle in Nitsche's „Hotel de la Pologne" heim. Auf der Straße war er überlaut, was natürlich die Aufmerksamkeit der Straßenpassanten erregte. L. fühlte sich durch einige Bemerkungen derselben beleidigt und schlug mir nichts dir nichts mit seinem Säbel um sich. Schließlich gelang es dem hinzugekommenen Polizei-Inspektor, L. zu beruhigen und ihn nach Hause zu bringen. Einige Zeit darauf verließ jedoch L., bewaffnet mit einem Karabiner, die Wohnung und ging wieder auf die Straße, wo es erneut zu einem Renkontre kam. Unter den den Passanten befand sich auch der Hausdiener Josef Reich (aus Lodz in Russisch-Polen gebürtig), ein dem Angeklagten persönlich bekannter junger Mensch. R. soll — so behauptete der betrunkene L. — nun den L. am meisten belästigt haben, so daß letzterer auf ihn zuging und ihm zurief: **„Geh weg Du Hund, sonst schieße ich!"** Jetzt trat der Oberwächter Röhr hinzu, um L. zu beruhigen. Dieser warf jedoch den Röhr zu Boden. In diesem Augenblick soll nun natürlich auch unabsichtlich der „Karabiner losgegangen" (!) sein, und zwar so unglücklich, daß Reich, durch den Schuß getroffen, tot zur Erde sank.

Der Angeklagte gab in der Hauptsache die Behauptungen der Anklage zu. Er sei jedoch von den Passanten geuzt worden. Diese hätten ihn auch, als er sich schon in seiner Wohnung befand, verfolgt, an seinem Klingelzuge gezogen, und fortwährend zum Fenster heraufgerufen: „Nun, kommen Sie doch runter, Herr Leutnant," und ähnliche Redensarten. Dadurch noch mehr gereizt, begab er sich mit seinem Karabiner auf die Straße, wo er von Röhr vor die Brust gestoßen worden sei. In dem Handgemenge sei nun „der Schuß losgegangen" und Reich getroffen worden. Die Aeußerung: „Geh' weg, Du Hund, sonst schieße ich Dich tot" gebe er zu, die Absicht aber, zu schießen bestreite er.

Die sehr umfangreiche

Beweisaufnahme

vermochte mit Rücksicht auf die einander widersprechenden Zeugenaussagen kein klares Bild über den Sachverhalt zu geben.

Der Anklagevertreter hielt auf Grund der Beweisaufnahme der fahrlässigen Tötung und Widerstand gegen die Staatsgewalt für erwiesen und beantragt eine Gesamtstrafe von — 4 Wochen Gefängnis. Der Verteidiger Justizrat Ullmann plädiert sogar prinzipaliter auf Freisprechung! Er meinte, daß, wenn man die örtlichen Verhältnisse, die damalige geistige Beschaffenheit des Angeklagten und die herausfordernde Haltung der Straßenpassanten (!) in Erwägung ziehe, sich die Freisprechung des Angeklagten von selbst ergebe. Es sei menschlich nur zu verständlich und auch vom juristischen Standpunkte aus nicht beanstanden, was ein in animierter Stimmung befindlicher, in seiner Offiziers- und Mannesehre schwer bedrohte Mann wie der Angeklagte zu dem ihm geeignet erscheinenden Mittel griff, um sich zu wehren. „Für die Tatsache, daß der Schuß losgegangen sei und den R. getroffen habe, kann der Angeklagte unmöglich verantwortlich gemacht werden. Ebenso gut müßte man dann den Erfinder der Lokomotive für alle durch die Eisenbahn hervorgerufenen Unfälle verantwortlich machen. (!!)

Das öffentlich verkündete

Urteil

lautete dahin, daß Leutnant v. L. der fahrlässigen Tötung und des Widerstandes gegen die Staatsgewalt für schuldig befunden und zu — **3 Wochen und 1 Tage Gefängnis** verurteilt wurde. Der Gerichtshof hat als erwiesen angesehen, daß der Angeklagte die Aeußerung: „Geh' weg, Hund, sonst schieße ich!" ausgestoßen habe und daß der Angeklagte in Verbindung mit anderen unglückseligen Zufällen an dem Tode des R. fahrlässiger Weise die Schuld trage. Es ist auch ferner als erwiesen angenommen worden, daß der Angeklagte den Oberwächter Röhr zu Boden warf. Zur Anrechnung der Untersuchungshaft läge kein Grund vor. Im übrigen wird sich mit dieser Angelegenheit noch ein aus dem Offizierkorps des 56. Feldartillerie-Regiments zu bildende Ehrengericht beschäftigen. — Das Urteil erregte große Verwunderung. Namentlich ist in Lissa die Aufregung über die Milde des Gerichts eine sehr große.

Die Kleinen machens den Großen nach.

Nachdem der Hochadel seit langem dabei ist, trotz der Kaiserrede in Gnesen deutsches Land an Polen zu verkaufen, darf man sich über folgende Meldung des „Bromberger Tagebl." aus Scholken nicht wundern:

„Der Schmied Heinrich Mahnke in Neugrund (früher Bärenbusch) verkaufte seine 80 Morgen große Landwirtschaft an den Polen Johann Wrublewski aus Welan für 18,800 Mk. In Neugrund befanden sich ursprünglich etwa 16 Landwirtschaften in deutschen Händen, heute sind nur noch sieben in deutschem Besitz. Der Rest ging allmählich an Polen über."

Ueber das „Recht" und den „Wert" der Geistlichen in Oberschlesien

in anbetracht der gegenwärtigen politischen Verhältnisse gibt der „Kyleuntk Slaski" folgendes Gutachten ab, das jedenfalls verdient, niedriger gehängt zu werden:

„Wir gehören nicht zu denen, die den Geistlichen andeuten, daß sie sich nur um die Kirche zu bekümmern haben. Im Gegenteil, wir erkennen gern an, daß die Geistlichen ebensolche Bürgerrechte und Privilegien haben, wie die anderen Mitglieder der öffentlichen Gemeinschaft. Diese Ansicht entspricht der Ueberzeugung unseres Volkes (!), das die Geistlichen an den öffentlichen Geschäften nicht nur tätig sehen will, sondern auch wünscht, daß sie die Oberleitung übernehmen. Die Sache ist sehr einfach in einer Gesellschaft, die in Bezug auf Sprache und Nationalität eins ist. Schwieriger gestaltet sich jedoch die Situation, wenn zwei verschiedene katholische Volksstämme neben einander wohnen, wie dies in Oberschlesien der Fall ist. Zur Zeit, als die nationalen Streitigkeiten unsere Gemeinschaft noch nicht in zwei Lager spalteten, war die Lage der Geistlichen eine schwierige, aber noch nicht die schwierigste. Die gegenwärtige Spaltung der Katholiken in zwei Lager hat die Lage der Geistlichen aber bedeutend verschlechtert. Wollten sich diese auf den unparteiischen Standpunkt stellen, indem sie weder der einen noch der anderen Partei dienten, so verurteilten sie sich selbst zur gänzlichen politischen Untätigkeit. Sie würden sich alsdann vom politischen Leben entfernen und überließen das Feld weltlichen Personen und ihren persönlichen Einfluß in politischen, nationalen und sozialen Angelegenheiten verlieren. Sie würden dann den französischen Geistlichen ähnlich werden, die nur einen geringen Einfluß in der weltlichen Gesellschaft besitzen. Bei uns in Oberschlesien wäre eine solche Erledigung der politischen Sache für unser Volk eine direkte Niederlage. Nachdem wir den augenblicklichen Stand der Dinge erreicht haben, würden die Geistlichen gut tun, wenn sie das täten, was sich schon aus der Natur der Sache ergibt, das ist, daß die Geistlichen polnischer Herkunft sich auf die Seite der polnischen Katholiken, diejenigen deutscher Herkunft auf die Seite der deutschen Katholiken stellen. Es entstehen dann zwei Parteien, jede auf eigner natürlicher Grundlage. Beide Parteien arbeiten in nationalen und religiösen Sachen Hand in Hand. Zum Zentrum wird sich das polnische Volk jedoch nicht mehr bekehren lassen. Wir wollen die Zentrumspartei nicht benachteiligen. Wir haben ihr gegenüber stets das richtige Maß in Wort und Tat bewahrt. Auch heute fühlen wir uns frei von jeder Leidenschaft und geben nur ein Gutachten über den Wert dieser Partei."

Ob die Ansicht, daß die Geistlichen ebensolche Bürgerrechte und Privilegien haben, wie die anderen Mitglieder der öffentlichen Gemeinschaft, auch der Ueberzeugung des Volkes entspricht, erscheint uns nicht ohne weiteres einleuchtend. Jedenfalls wird sich das oberschlesische Volk bestens dafür bedanken, von der Kanzel herab beschimpft zu werden, wie es hier und da tatsächlich geschehen ist. Aber nach dem letzten Ausfall der Wahl enthält der Satz ein Körnchen Wahrheit, daß das polnische Volk sich zum Zentrum nicht mehr bekehren lassen will. Es ist genug belogen und betrogen worden!

Freiburg, 23. Oktober. Eine öffentliche Handels- und Transportarbeiterversammlung tagte am Sonntag im Gewerkschaftshause. Kollege Riedel-Breslau schilderte in einem zirka einstündigen Vortrage die Entwickelung des Verbandes. In der darauf folgenden Diskussion wurde einstimmig beschlossen, zwecks Unterstützung der Berliner Kollegen während der nächsten 4 Wochen doppelten Beitrag zu zahlen.

Freiburg, 23. Oktober. Das erste Stiftungsfest der „Freien Turnerschaft", das am Sonnabend im Gewerkschaftshause gefeiert wurde, erfreute sich eines überaus zahlreichen Besuches. Ein Beweis dafür, daß der Gedanke des freien Turnens immer mehr in der Arbeiterschaft um sich greift. Es konnte auch Genosse Wildner in seiner mit Beifall aufgenommenen Festrede berichten, daß das erste Hundert der Mitgliederzahl nahezu erreicht ist. Mögen die Genossen die Mahnung des Festredners beherzigen und den bürgerlichen Turnvereinen, wo sie mit ihrer Gesinnung nicht hingehören, immer mehr den Rücken kehren. Die vorgeführten turnerischen Aufführungen beweisen, daß auch in einem Arbeiterturnverein die Entwickelung des Körpers gepflegt werden kann, ohne die Turner, wie dies in den bürgerlichen Vereinen geschieht, mit allerhand patriotischen Klimbim zu belästigen.

Schmiedeberg, 23. Oktober. Unsere Freunde: die Feinde. Als Antwort auf die am 27. August zu Unrecht polizeilich aufgelöste Volksversammlung fand am Sonnabend Abend im „Goldenen Schlüssel" eine neue Versammlung statt. Obgleich man von vornherein annehmen konnte, daß die ungerechte Auflösung ein kräftiges Agitationsmittel sein werde — so war das Resultat doch ein über alle Erwarten günstiges: Trotz des erbärmlichen (Schnee-) Wetters, trotz der ungünstigen Zeit, trotz der stundenweiten Entfernung der in Betracht kommenden Orte war der Saal — was seit der Reichstagswahl noch nie da war — bereits um 8½ Uhr vollständig gefüllt. Ueber 100 Personen mußten stehen, viele mußten in der Gaststube bleiben, sodaß mindestens 500 Personen, darunter fast 150 Frauen, anwesend waren. Genosse Hans Marckwald-Forst referierte unter stürmischem Beifall in 1½stündiger Rede über die neuesten Scharfmacher-Attentate, die Sozialdemokratie und die bürgerlichen Parteien. Als zweiter Redner hielt Genosse Albert-Breslau einen Vortrag über die Vergiftung der Volksseele durch Schundlektüre. Alsdann teilte Genosse Marckwald mit, daß wegen der polizeilich aufgelösten Versammlung gegen die Genossen Wolf, Maison und Albert auf Veranlassung des Ueberwachenden ein Strafverfahren eingeleitet worden sei. Der Termin finde bereits am 1. November vor dem Amtsgericht Schmiedeberg statt. Zweifellos sei die Versammlung zu unrecht aufgelöst worden. Das Vereinsgesetz, das Herr Heinrich nicht zu kennen scheine, sage kein Wort davon, daß in einer Volksversammlung nichts vom Wahlverein erzählt werden dürfe. Wenn aber die Beamten so wenig das Gesetz kennen, so sollten sie einen anderen Beruf ergreifen. Außerdem fordere die Sozialdemokratie ein Gesetz, das solche Beamte, die derart fahrlässig das Gesetz verletzen, mit Zuchthaus bestraft werden. So wenig den Arbeiter Unkenntnis des Gesetzes vor Strafe schütze, so dürfe auch Beamten die Unkenntnis nicht vor Strafe schützen. Dieser Ueberwachende habe zudem schon mehrfach bewiesen, daß er das Vereinsgesetz nicht kenne, denn er habe zum Einberufer gesagt: „Ich kann verlangen, daß Sie mir vorher mitteilen, wer in der Versammlung spricht und über was dort verhandelt wird." Das sei ein direkt ungesetzliches Verlangen und rügen deshalb solche Beamte entgegen dem Willen des Gesetzgebers, zur Schmälerung unserer Rechte bei. Dagegen gelte es Sturm zu laufen, indem jeder einzelne ein Werber für die gesetzliche Sozialdemokratie werde. Wenn nichts anderes helfe, müsse die Sozialdemokratie dafür sorgen, daß die Gesetze auch von den Beamten gehalten würden. Vor Gericht werde sich am 1. November zeigen, daß nicht wir es seien, die uns Gesetzesverletzungen zu schulden kommen ließen. (Lebhafter Beifall.)

Nach einem kurzen Schlußwort des Genossen Albert wurde noch mitgeteilt, daß zum Zeichen des Protestes am 1. November eine weitere Volksversammlung stattfinden werde, in welcher Genosse Albert über das Thema: „Die deutschen Patrioten und der Bankerott Rußlands" referieren solle. Ferner soll in dieser Verhandlung das Resultat des am selben Tage stattfindenden Prozesses gegen die drei „Staatsverbrecher" mitgeteilt werden. Die Mitteilung wurde mit anhaltendem Jubel und den Rufen: „Da kommen wir alle wieder und wenn's Steine schneit!" begrüßt und dann die imposante Versammlung mit einem donnernden dreimaligen Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Die Genossen werden gebeten, Freitag die Flugblätter für die neue Versammlung beim Genossen Maison, Kirchstraße 4, in Empfang zu nehmen.

Steinau a. O., 23. Oktober. Der Fürsorge entlaufen. In einer der letzten Nächte wurden dem Förster zu Borschen die im Garten stehenden Bienenstöcke erbrochen und ihres Inhalts beraubt. Der Verdacht lenkte sich auf sechs der Fürsorgeanstalt entlaufene Zöglinge, die teilweise in der Nähe gesehen worden waren. Es gelang dem Gendarmen Schmidt mit den Knechten des Dominiums Lehsewitz, die Ausreißer auf einem bei Lehsewitz gelegenen großen Strohschober zu entdecken. Die Ausreißer wurden sofort wieder nach Wohlau transportiert. — Nun, eine bessere Kritik dieser Fürsorgeanstalt als diese einfache Mitteilung von dem Entlaufen der „Zöglinge" konnten wir schwerlich geben.

Kreuschen-Lookwitz, 22. Oktober. Der hiesige Wahlverein hielt am 21. d. M. seine Monatsversammlung in Meisers Gasthof ab. Als erster Punkt wurde die Abrechnung verlesen. Einnahme 24.80 Mk., Ausgabe 1.05 Mk. Mithin konnten an den Hauptkassierer 23.75 Mark abgeliefert werden. Danach besprach Genosse Zimmermann-Bunzlau das jetzige Bestehen des Konsumvereins und seinen Geschäftsgang und schilderte dabei als Vorstandsmitglied des Konsumvereins die Regulierung und den Geschäftsbetrieb desselben, streifte auch die Bunzlauer Kaufleute. Redner ermahnte die Genossen, nach Möglichkeit dem Bunzlauer Konsumverein beizutreten, denn je mehr Mitglieder derselbe besitze, desto mehr könne er bieten. Es ließen sich 6 Genossen in den Verein aufnehmen. Von einigen Genossen wurde Gründung einer Filiale in Groß-Kauschen gewünscht, dieses ist aber bei der minimalen Zahl von Mitgliedern nicht möglich. Zum Schluß wurde noch ermahnt, daß jeder agitieren möge für die „Volkswacht".

Peterdorf i. R., 23. Oktober. Die Roten im Gebirge. Was seit 29 Jahren ein sehnlicher Wunsch der älteren Genossen war, sahen sie am Sonntag Nachmittag erfüllt: Eine große, von über 400 Personen besuchte Volksversammlung fand statt. Sind statt im größten und schönsten Lokale der ganzen Gegend. (Siehe an anderer Stelle.) Das Referat über „Die Hungrigen und die Satten" hielt Genosse Albert-Breslau als Kandidat des Kreises. In der Diskussion sprachen unter großem Beifall die Genossen Marckwald-Forst, Stritzke-Hirschberg, Wuttmann-Weißwasser und Kambach-Cunnersdorf. Die Versammlung war von bestem Geiste erfüllt und hat sicher dazu beigetragen, den Gedanken des Sozialismus auch in die höchsten Schner-Regionen des Riesengebirges tragen zu helfen. Fürs erste wurden eine ganze Anzahl von Abonnenten für die „Volkswacht", Anmeldungen für die Gewerkschaften und eine ganze Anzahl bereitwilliger Hilfskräfte für spätere Parteiarbeit gewonnen. Mit einem dreimaligen Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die Versammlung nach dreistündiger Dauer geschlossen.

Kattowitz, 23. Oktober. Wie der Herr Amtsanwalt seinen Strafantrag änderte. (Eine wahre Geschichte.) Wegen fahrlässiger Körperverletzung hatten sich dieser Tage der Fuhrwerksbesitzer Valentin H. und dessen Knecht Paul Sch. aus Zalenze vor dem hiesigen Schöffengericht zu verantworten. Am 8. Juli sollen sie auf der Dorfstraße in Bogutschütz die 2 Jahre alte Tochter des Arbeiters Klette überfahren haben. Obgleich die Räder des Wagens über den Körper des Kindes hinweggingen, kam dasselbe wunderbarer und erfreulicherweise mit unbedeutenden Hautabschürfungen davon. Das Kind hatte auf der Straße gespielt. Ein Mann bemerkte in einer Entfernung von 7 bis 8 Metern, wo ein Wagen, auf welchem vorn der Knecht und im hinteren Teile H. saßen, auf das Kind losfuhr. Er rief den Leuten zu und winkte, es hatte dies aber keinen Erfolg. Als der Wagen nur noch etwa ein Meter von dem Kinde entfernt war, kam auch der Vater desselben hinzu. Er wollte den Pferden in die Zügel fallen, erhielt aber von dem Kutscher mit der Peitsche einen solch heftigen Hieb ins Gesicht, daß er hiervon Abstand nehmen mußte. Inzwischen war das Kind überfahren worden. Ein Verschulden des Fuhrwerksbesitzers hielt der Amtsanwalt zunächst nicht für erwiesen und beantragte insofern die Freisprechung. Gegen den Kutscher wurden zwei Monate Gefängnis in Antrag gebracht. Der Vertreter der Anklagebehörde führte aus, die Fahrlässigkeit des Kutschers sei eine gröbliche. Ein Kutscher muß aufmerksam sein, er müsse vor die Pferde sehen und dürfe nicht warten, bis er Zurufe erhalte. Aber es sei ja eine alte Erfahrung und man sehe es alle Tage, daß die Kutscher auf den Fuhrwerken schlafen, bezw. nicht im geringsten Acht gäben. Im gegebenen Falle sehe man ja, wie der Kutscher seinen Beruf ausgeübt hat. Der Vater des Kindes ruft ihm zu und will die Pferde anhalten, da läßt der Kutscher seiner Roheit Zügel schießen und schlägt auf den Mann ein. Dies sei eine große Roheit. Der Verteidiger, Herr Justizrat Epstein, führte unter anderem aus, man könne es dem Kutscher nicht vergessen lassen, wenn andere Kutscher ihre Pflichten vernachlässigen. Nach Beendigung dieser Ausführungen änderte der Herr Amtsanwalt seinen Antrag ab, indem er auch die Bestrafung des Fuhrwerksbesitzers und zwar zu 30 Mark Geldstrafe beantragte. — Während sich der Gerichtshof zur Beratung zurückzog, sagte der Verteidiger zum Gerichtsschreiber: „Herr Sekretär, ich bitte Sie, den Vorgang, wie er sich abgespielt hat, genau zu protokollieren, nämlich, daß der Herr Amtsanwalt zunächst Freisprechung beantragte und alsdann seinen Antrag abgeändert hat. Das Gericht verurteilte den Kutscher zu drei Wochen Gefängnis und sprach den Fuhrwerksbesitzer frei. Nun erbat sich der Herr Amtsanwalt das Wort. Er berichtete über den Vorgang während der Beratung. Der Herr Verteidiger habe während der Beratung mit dem Gerichtsschreiber ein nicht zulässiges Privatgespräch geführt. Er, der Herr Amtsanwalt, beantrage nunmehr, daß dieser Vorgang ebenfalls genau zu Protokoll genommen werde. Der Verteidiger gab zu, daß er nicht richtig verfahren sei. Für das Protokoll sei aber für seine Bemerkungen kein Raum. Das Gericht beschloß nach kurzer Beratung, dem Antrage des Herrn Amtsanwalts stattzugeben. Der Vorgang wurde genau zu Protokoll genommen.

Man sieht, wie peinlich gewissenhaft die Gerichte, Staats-, Amts- und Rechtsanwälte heute geworden sind. Ob sich das auch behaupten läßt, wenn es sich um Streikfünder handelte?

Beuthen, 23. Oktober. Gegen das Polentum! Wegen „Aufreizung zum Klassenhaß" wurde der Redakteur des nationalpolnischen Blattes „Polak", Adalbert Schiffora, von der hiesigen Strafkammer zu 150 Mk. Geldbuße verurteilt.

Gnesen, 23. Oktober. Der „christliche" Staat gestattet jedem zu verhungern oder Selbstmord zu verüben. Der Photograph Düring stürzte sich aus einem Fenster seiner im dritten Stockwerk belegenen Wohnung auf die Straße und war sofort eine Leiche. Das Motiv zur Tat waren Nahrungssorgen.

Kleine provinzielle Nachrichten.

In Lauegnau, Kreis Görlitz, wurden im städtischen Bergwerk durch Platzen eines Dampfrohres ein Mann getötet und zwei andere schwer verletzt. — In **Bunzlau** ist abermals ein Selbstmord verübt worden. Es ist dies seit fünf Wochen der fünfte Fall. Der Selbstmörder ist der Schuhmacher Flügel. — Am Sonnabend machte der 23 Jahre alte Ziegeleibesitzer Albert Paschek aus **Zamysław** seinem Leben ein Ende, indem er Lysol trank. Grund zu dem Selbstmord dürfte ein Streit sein, den Paschek mit seinem Bruder kurz vor dem Selbstmord hatte. — In **Schönau**, Kreis Leobschütz, stürzte die 34 Jahre alte Inliegerfrau Mathilde Michallik von einer Leiter und erlitt so schwere Verletzungen, daß sie nach wenigen Minuten starb. Fünf Kinder unter 14 Jahren betrauern den Tod ihrer Mutter.

Litteratur.

Aus Anlaß des Todestages des vor Jahresfrist verstorbenen Genossen Josef Schen in Wien erschien im Musikverlag J. Günther-Dresden ein Verzeichnis seiner sämtlichen Kompositionen als Männer, Frauen, gemischten Chören, sowie Sololiedern. Dieses Verzeichnis enthält das wohlgetroffene Portrait nebst kurzer Biographie und steht Interessenten, Vereinen und Dirigenten franko zur Verfügung.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 21. Oktober.

Heirats-Ankündigungen. III. Buchhalter Paul Christ, kath., Herrenstraße 20, und Margarete Walsmann, evang., Kürstenstr. 52. — Schlosser Emil Weinelt, kath., Roßgasse 16, und Ida Geiser, evang., Schießwerderstr. 23. — Kellner Oswald Lisson, kath., Matthiasstr. 72, und Martha Gabriel, kath., Schulzenwiese 7. — Begleitmann Hermann Winkler, ev., Michaelisstr. 14, und Klara Kubler, ev., Michaelisstr. 14. — Genossenschaftsbeamter Waldemar Berg, ev., Bauschulstr. 13, und Gertrud Standke, kath., Fiedlerstr. 13. — Schlosser Richard Koreck, ev., Weißenburgerplatz 7, und Helene Rücker, ev., Ottostr. 42. — Anstreicher Friedrich Aubert, ev., Mühlgasse 6, und Anna Neumann, kath., Rosenthalerstr. 2. — Handelsmann Adolf Steinert, kath., Holteistr. 25, und Luise Hubnt, ev., Schießwerderstr. 51. — Zimmermann Berthold Bunke, evang., Weißenburgerstr. 36, und Margarethe Gierth, kath., Weißenburgerstraße 36. — Handlungsgehilfe Paul Schmidt, ev., Schuhbrücke 40, und Marie Jakob, kath., Kohlenstr. 11. — Oberkellner Paul Galle, ev., Roßplatz 18, und Helene Werner, ev., Ohlauufer 30. — Apothekenbesitzer Alwin Claassen, evang., Matthiasstr. 87, und Alma Haensch, ev., Matthiasstraße 89. — Konditor Alfred Kranz, kath., Sternstr. 53, und Valesta Sperling, kath., Kl. Scheitnigerstr 46. — Kaufmann Kurt Partzoldt, ev., Lohestr. 23, und Martha Warins, ev., Auenstr. 27. — Former Paul Krause, kath., Brigittenthal 13, und Anna Nowag, kath., Brigittenthal 13. — Werkzeugschlosser Hermann Geisler, ev., Ketzerberg 26, und Maria Moslonka, kath., Matthiasstr. 148. — Buchdrucker Robert Walter, ev., Blücherstr. 15, und Emma Jarosch, ev., Ohlauufer 41. — Maler Georg Tischer, ev., Uferstr. 20, und Agnes Scholz, kath., Gertrudenstr. 4. — Oberkellner Hermann Niebisch, altkath., Glogau, und Anna Paduschak, kath., Lehmdamm 37a. — Heizer Fritz Betke, ev., Waterloostr. 13, und Emma Vogel, ev., Waterloostr. 13. — Tischlermeister Karl Leupold, ev., Kl. Scheitnigerstr. 43, und Agnes Seidel, ev., Lehmdamm 8. — Monteur Paul Günther, kath., Neue Junkernstr. 31, und Martha Sitel, kath., Neue Junkernstraße 31. — Volksschullehrer Johann Kubatsch, kath., Zabrze, und Helene Barthel, kath., Michaelisstr. 25.

Geburten. I. Kutscher Ernst Euerlich, ev., Zw., kath., 2 S. — Schriftsetzer Paul Zunft, kath., T. — Kaufmann Walter Drube, ev., S. — Sattler Max Schibille, kath., S. — Büchsenmacher Adolf Würfel, apost.-kath., S. — Hobelist Hermann Simmert, ev., T. — Arbeiter Adolf Kosmala, ev., T. — Zigarrensortierer Arthur Nordmann, ev., S. — Schneidermeister Fritz Böhm, ev., T. — Bierkutscher Gustav Pollesche, ev., T. — Restaurateur Julius Lippert, ev., T. — Kohlenhändler Robert Ludewig, ev., T. — Wurstfabrikant Karl Walda, ev., S. — Eisenhobler Otto Walter, ev., S. — Kellner Hermann Kieferwetter, kath., T. — Fischwarenhändler Berthold Berisch, jüd., Zw., T. u. S. — Haushälter Reinhold Keil, ev., S. — Schlosser Karl Thorhauer, ev., T. — Wagenführer Franz Adamek, ev., S. — Mechaniker Paul Hannka, ev., T. — Handlungsgehilfe Alfons Heim, ev., S. — Arbeiter Adolf Haake, ev., T. — Schiffer Paul Grundmann, kath., S. — Arbeiter Adolf Hermann, ev., T. III. Arbeiter Hermann Rebal, ev., S. — Laboratoriumdiener Karl Faßmann, ev., T. — Schneider Hermann Kochol, kath., S. — Städt. Volksschullehrer Josef Cachatsch, kath., S. — Laternenwärter Albert Pozimski, kath., S. — Ober-Postassistent Karl Lehnpfund, ev., S. — Bäcker Karl Reinert, ev., S. — Klempner Robert Hindemit, ev., S. — Kohlenhändler Gustav Baum, ev., S. — Monteur Josef Siche, kath., S. — Holzbildhauer Heinrich Milde, kath., S. — Tischler Paul Reickel, kath., T. — Handelsmann Rich. Peter, kath., T. — Kutscher Wilhelm Rendeck, ev., S. — Kutscher Ernst Höflich, ev., T. — Arbeiter Richard Pfeiffer, kath., T. — Barbier Paul Jaensch, kath., S. — Eisenbahnkanzlist I. Klasse Ernst Marsch, kath., S. — Schneider Rudolf Baude, ev., S. — Schriftsetzer Robert Nitschker, kath., S. — Kunstgärtner Adolf Klinkia, ev., T. — Arbeiter Karl Ovale, ev., T. — Arbeiter Wilhelm Kliesch, ev., T. — Graveur Isidor Spiller, kath., T. — Ingenieur Maximilian Mosig, ev., S. — Arbeiter Karl Schär, ev., S. — Klempner Robert Broetler, ev., S. — Kutscher Julius Wiche, ev., S. — Wurstmacher Paul Patetzky, ev., S. — Arbeiter Wilhelm Schneider, kath., T. — Goldarbeiter Reinhold Günther, freirel., S. Tischler Reinhold Hentschel, kath., T. — Tischler Bruno Noack, ev., S. — Kutscher Paul Schimle, ev., T. — Arbeiter Herzig, kath., T. — Buchhalter Hugo Knopp, ev., T.

Todesfälle. I. Frieda, T. des Schuhmachers Adolf Werner, 6 Mon. — Luise, T. des Arbeiters Nikodemus Brzybylla, 10 Mon. — Arbeiter Wilhelm Wirsing, 55 J. — Eisendreher Wilhelm Schneider, 62 J. — Arbeiter Karl Heppner, 33 J. — Hermann, S. des Uhrmachers Paul Kliem, 3 Woch. — Max, S. des Sattlers Paul Schibille, ¼ Std. — Steinsetzer Wilhelm Poser, 33 J. — Maurer Karl Roy, 61 J. — Kaufmann Simon Cohn, 65 J. — Walter, S. des Werkstattschreibers Paul Ludwig, 3 J. — Pens. Nachtwachtbeamter Josef Winkler, 67 J. — Verehel. Hausmeister Karoline Janus, 64 J. — Verehel. Müller Ernestine Maier, geb. Geier, 44 J. — Otto, S. des Anschlägers Paul Reßler, 10 J. — Verehel. Tischlermeister Henriette Menzel, geb. Hempel, 63 J. — Fleischer Franz Klose, 57 J. — Verw. Freistellenbesitzer Elisabeth Krause, geb. Müller, 83 J. — Johanna, T. des Arbeiters Ernst Hoffmann, 1 J. — Reinhold, S. des Arbeiters Rudolf Frenzel, 2 J. — Walter, S. des Arbeiters Adolf Reichelt, 8 Woch. — Fleischerlehrling Wilhelm Dulich, 15 J. — Robert, S. des Kaufmanns Robert Domnisch, 8 T. — Arbeitersfrau Marie Koblitz, geb. Wittkopf, 42 J. — Arbeiterswitwe Anna Herfert, geb. Staisch, 60 J. — Pens. Postschaffner Karl Lode, 79 J. — Dienstmädchen Berta Hahn, 17 J. — Heinrich, S. des Arbeiters Karl Pfitzner, 8 J. — Schuhmacher Gustav Pohling, 55 J. — Frieda, T. des Schuhmachermeisters Max Förster, 11 Mon. — Erna, T. des Wurstmachers Georg Jenner, 3 J. — Rentender Max Ganz, 45 J. — Arbeiter Paul Richter, 25 J. — Schlossersfrau Anna Klitzner, geb. Klenner, 45 J. — Walter, S. des Schneidermeisters Alfred Naumann, 2 J. — Agent Julius Schmidt, 73 J. — Margarete, T. des Arbeiters Reinhold Zimmer, 2 J. — Restaurateursfrau Karoline Weber, geb. Gläser, verw. gew. Welzel, 74 J. — Rentenempfänger August Stanke, 83 J. — Fabrikdirektor Siegfried Krotoczyner, 59 J. — Arbeiter Karl Acker, 59 J. — Verw. Schuhmacher Marianne Nowak, geb. Eckersfunst, 51 J. — Herbert, S. des Schneiders Friedrich Krause, 4 Mon. — Verw. Arbeiter Rosina Seidel, geb. Scholz, 75 J. — Restaurateur Wilhelm Pitke, 45 J. — Rentenempfänger Josef Paschke, 66 J. — Arbeiter Heinrich Petron, 40 J. — Architekt Fritz Wegener, 64 J. — Arbeiter Arthur Kirchner, 28 J. — Brauer Hermann Neumann, 48 J. — Arbeiter Rudolf Sabisch, 17 J. — Stickerin Emma Klotz, 26 J. — Haushälter Wilhelm Hilse, 38 J. — Eisendreher Johann Liebetanz, 55 J. — II. Bahnarbeitersfrau Anna Stiller, geb. Ranke, 36 J. — Klara, T. des Schlossergesellen Karl Staar, 6 J. — Gertrud, T. des Arbeiters Engelbrecht Fischer, 1 J. — Zuschneider Richard Streich, 29 J. — Haushälter August Klinge, 30 J. — Polizei-Inspektorsfrau Auguste Eitelt, geb. Weise, 82 J. — Kutschersfrau Auguste Prel, geb. Brockel, 37 J. — Früh. Fleischer Karl Pattner, 78 J. — Grenz-Zolleinnehmerswitwe Emilie Rückert, geb. Gorke (Jorg), 78 J. — Arnolf, S. des Drogisten Hellmuth Kukulies, 3 Mon. — Ingenieur Hermann Kirmes, 53 J. — Kaufmann Karl Orgler, 60 J. — Richard, S. des Brauereiarbeiters Robert Mandel, 1 Mon. — Eisenbahn-Stations-Gehilfenfrau Berta Gräber, geb. Kätzler, 32 J. Privatiere Marie Minor, 74 J. — Herbert, S. des Kürschners Raimund Mellar, 1 J. — Pens. Wagenschreiber Josef Hoene, 56 Jahre.